Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit dem wöchentlich 3 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der gratis erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 243 — Mittwoch den 27. Oktober 1920 — 47. Jahrg.

Politische Führer.

Bei der feierlichen Eröffnung der Deutschen Hochschule für Politik hat der Minister des Äußern, Dr. Simons, ein eNede gehalten, die sehr viel feine Einzelheiten enthielt und auch als Ganzes klug durchdacht und von einem vorurteilsfreien und klaren Geiste durchdrungen war. Herr Dr. Simons sagte mit Recht, daß dem deutschen Volkscharakter neben seinen Vorzügen, seiner Kraft, seiner Beharrlichkeit und seinem Erkenntnisdurst, ein Mangel an Formgefühl und Feingefühl, eine Rechthaberei und eine Pedanterie anhaften, die, zusammen mit manchem anderen, hinderlich im Verkehr mit dem Auslande sind. Er erinnerte daran, daß Unfähigkeit zur politischen Einschätzung Deutschland oft aufs schwerste geschädigt habe, und äußerte die Ansicht, daß durch die Zweifel, ob wir politisch richtig geführt würden — „und durch mancherlei berechtigte Gründe für diese Zweifel" — der Umsturz der alten Ordnung erst möglich geworden sei. Das sind Bemerkungen, denen man nur zustimmen kann. In der Tat, der als berechtigte „völkische Eigenart" sich gebärdende Mangel an Formgefühl und Feingefühl, oder wie man auch wohl sagen könnte, an politischem Takt, hat sehr dazu beigetragen, die deutsche Politik in falsche Bahnen zu drängen, und die Unfähigkeit zu politischer Einschätzung hat sich in den großen tragischen Augenblicken, in den Tagen vor Ausbruch des Krieges und bei Entfesselung des U-Boot-Krieges, gezeigt. Die politische Führung ließ sich dann jedesmal verführen, und nicht die richtige Erkenntnis, sondern eben jene Urteilslosigkeit setzte sich durch. Daraus ergibt sich, daß zur politischen Leitung neben den anderen nötigen Eigenschaften auch eine widerstandsfähige Festigkeit des Charakters gehört. Den Zöglingen der Hochschule für Politik sollte man vor allem beibringen, daß ein wirklicher Staatsmann nur derjenige ist, den der Lärm der Hoch- und Nieder-Schreier nicht bekümmert und der die Unpopularität nicht scheut. Wir haben den Eindruck, daß gerade Dr. Simons zu dieser inneren Selbständigkeit und Standhaftigkeit hinstrebt, und daß er schon deshalb die Unterstützung der ernsthaften Menschen in Deutschland verdient. Durch seine letzte Rede wird dieser günstige Eindruck noch verstärkt. Muß man ihm nicht auch beipflichten, wenn er bedauernd konstatiert, daß die deutschen Universitäten von der hohen politischen Betätigung, die sie in den Tagen der Paulskirche ausübten, „stark heruntergeglitten" sind? Man weiß ja, was im Reiche der Roothe und ähnlicher Professoren heute als „hohe politische Betätigung" gilt. Auf dem Parteitag der Deutschnationalen hat jüngst ein Redner anklagend behauptet, die Regierung beabsichtige, nun auch die Universitäten „abzubauen". Das ist natürlich Unsinn, aber ein Umbau ist allerdings notwendig, wenn ein politisch reifes, verständnisvolles Geschlecht erzogen werden soll. Dr. Simons hat ferner sehr richtig bemerkt, daß in den letzten Jahrzehnten die wirtschaftlichen und technischen Ideen die staatliche Idee überwuchert haben, und daß jetzt „eine Scheidung der Materie gefordert wird". Zu diesem Thema ließe sich sehr viel sagen, und wir gehören zu denjenigen, denen gerade in der Auslandspolitik die Überwucherung des Diplomatisch-Politischen durch das Wirtschaftliche als ein Fehler erscheint. In dieser Beziehung wird unseres Erachtens beispielsweise bei der Personalauswahl im auswärtigen Dienste von derselben reformatorischen Stelle, die in der letzten Zeit mit großer Tatkraft unleugbar Ausgezeichnetes geschaffen hat, nicht immer die richtige Linie gewahrt. Das Politische wird dort manchmal, durch eine Vorliebe für die Angehörigen der Konsulatskarriere, zugunsten des Wirtschaftlichen zurückgedrängt. Das Vorbild der Deutschen Hochschule für Politik erstand nach dem Kriege von 1870 in Paris. Die Franzosen haben in ihrer Schule seit 1870 sehr viel gelernt. Wir wollen hoffen, daß die deutsche Hochschule gleichfalls politische Führer, oder doch wenigstens Politiker, heranbilden wird. Aber der politische Instinkt kann nur entwickelt, nur durch Wissen gefördert, nicht gelehrt werden, und in den Hörsälen wird nur der etwas lernen, der draußen den Schritt der Zeiten und die Sprache der Völker hört.

Die Lage im Reiche.

Neue Gefahren für Ostpreußen?

Aus Anlaß des polnischen Überfalls auf Wilna sind in Ostpreußen verschiedener Übertritte bewaffneter Deutscher auf litauisches Gebiet erfolgt. Von seiten des Reichswehrministeriums wird erklärt, daß Angehörige der Reichswehr nicht beteiligt seien und daß eine scharfe Konsigne angeordnet wurde. Es soll in Ostpreußen außerdem an der Grenze stark geschmuggelt werden, besonders in Gewehren und Munition. Es ist klar, daß in der Verhältnisse in der abgeschnürten Provinz außerordentlich schwierig liegen. Gegenüber der ausgedehnten Grenze sind die Aufsichtsorgane viel zu gering. Dennoch ist in Ostpreußen bisher alles gut gegangen. Man erinnere sich nur an die ungeheuren Schwierigkeiten bei den Übertritten der russischen Rotgardisten. Damals ist es dem außerordentlich organisatorischen Geschick und politischen Takt des demokratischen Oberpräsidenten Dr. Siehr gelungen, binnen weniger Wochen alle Gefahren zu beseitigen. Gerade die Amtsführung von Siehr gibt auch jetzt die Gewähr, daß von der leitenden Stelle der Provinz aus alles geschieht, um unzulässige Handlungen zu verhüten. Wenn die Entente allerdings eine ausreichende Bewachungstruppe für Ostpreußen verhindert, so lassen sich bei der ausgedehnten Grenze vereinzelte Übertritte nicht immer vermeiden. Unmögliches vermag eben auch ein noch so tüchtiger Oberpräsident nicht. In diesem Zusammenhange muß aber auch ein Wort ernster Warnung an alle jene Militärkreise gerichtet werden, die meist nicht mehr aktiv sind und nun mit dem Gedanken an Beschäftigung oder Rebanche in Nachbarländern Kriegsdienste nehmen. Ein solches Beginnen ist in jedem Falle schädlich. Das Schicksal solcher Männer ist meistens tragisch. Vor allem aber bedenken sie nicht, daß sie ihrem Vaterlande schwere politische Unzuträglichkeiten bereiten können. Ostpreußens Grenzen können durch solche Unüberlegtheiten leicht in Gefahr gebracht werden, und das Vaterland hat den Schaden zu tragen, den Neutralitätswidrigkeiten anrichten.

Rücktritt des österreichischen Gesandten in Berlin.

Berlin, 27. Okt. (T.-U.) Professor Dr. Hartmann, der österreichische Gesandte in Berlin, hat im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Dr. Renner als Staatssekretär des Äußern sein am 1. August bereits eingereichtes Rücktrittsgesuch erneuert und den Staatssekretär Dr. Mayer, der provisorisch das Staatsamt des Äußern in Wien führt, um möglichst schnelle Ernennung eines Nachfolgers gebeten.

Neue Gewalttaten der Polen.

Danzig, 27. Okt. (T.-U.) Wegen angeblicher antipolnischer Propaganda wurde in Bromberg der Vorsitzende des Vereins für Fürsorge der in Polen lebenden Deutschen, Major v. Meske, verhaftet und das Büro geschlossen. In Neustadt (Pomerellen) verhafteten die Polen den Buchdruckereibesitzer und Stadtrat Brandenburg. Herausgeber der Zeitung „Bote für Pomerellen".

Ein schweizerisches Konsulat in Dresden.

Dresden, 27. Okt. (T.-U.) Wie wir erfahren, hat die Schweizer Regierung beschlossen, in Dresden ein eigenes Konsulat zu errichten, das schon in der nächsten Woche seine Arbeiten aufnehmen wird.

10 Waggon Kartoffeln spurlos verschwunden.

München, 27. Okt. (T.-U.) Zu Bezirk Ufsenheim sind 10 Waggonladungen Kartoffeln, die zu verbilligten Preisen für die minderbemittelte Bevölkerung ausgebracht worden waren, auf dem Transport spurlos verschwunden und vermutlich über die bayerische Grenze verschoben worden.

Kein Bauverbot für Dieselmotoren.

München, 27. Okt. (T.-U.) Auf eine Anfrage zu dem Stande der Dieselmotoren-Angelegenheit erklärte der bayerische Handelsminister, daß die Gefahr eines Bauverbotes für die Dieselmotoren als abgewendet bezeichnet werden könne. Die Reichsregierung wird aber weiterhin nichts unterlassen, um auch die Gefahr einer Verfügung in ursprünglich für Unterseeboote bestimmten, aber nach dem Friedensschluß zur Verwendung für Industriezwecke freigegebenen Motoren abzuwehren.

Chemisch-technische Messe in Berlin.

Berlin, 27. Okt. Eine chemisch-technische Messe, veranstaltet vom Wirtschaftsverband Groß-Berlin, unter Mitwirkung namhafter Fachorganisationen, wurde gestern vormittag in den Kammersälen eröffnet. Sie ist sehr reichhaltig und enthält neben Drogen, Chemikalien, Röhr- und Heilmitteln, Vorsümerien, Seifen, Pflen, Wäsche- und Putzmitteln, auch Photobedarf, Feuerwerkskörper, Bindwaren, Schaufensterartikel. Die Messe bleibt bis zum 29. Oktober geöffnet.

Die Entwaffnung der besetzten Pfalz.

München, 27. Okt. (Eig. Meld.) Nach einem Telegramm des Reichskommissars für die Entwaffnung an das bayerische Landeskommissariat für die Entwaffnung hat die Rheinlandkommission zugelassen, daß im besetzten Gebiet von Bayern die Waffenablieferung auf Grund des Entwaffnungsgesetzes mit Prämienzahlung vom 25. Oktober bis 1. November durchgeführt werden kann. Zum Landesentwaffnungskommissar der Pfalz ist der bayerische Kommissar Ministerialrat Natz von der Reichsregierung bestätigt worden.

Vorwürfe gegen Betriebsräte.

Bochum, 27. Okt. (Eig. Meld.) In der Revierkonferenz wurde es gerügt, daß die Zechenbetriebsräte sich zu Handelsräten auswüchsen. Sie kauften Schnaps, Textil- und Fettwaren ein und brächten es bis zu Handelsverdiensten von 10 000 ℳ im Monat. Die Belieferung der Belegschaften mit Waren soll künftig durch die Genossenschaft erfolgen.

Die Eingliederung des neuen Gebietes in Italien.

Köln, 27. Okt. (Eig. Meld.) Der Kölnischen Zeitung wird aus Rom gemeldet: Der Ministerrat beschloß die Veröffentlichung eines einheitlichen Statuts für die neuen Provinzen. Für Südtirol soll eine Erklärung beigefügt werden, welche die dort bestehenden Gesetze mit dem italienischen Grundgesetz ausgleichen sollen.

Keine Beschlagnahme deutscher Guthaben in England.

Paris, 27. Okt. (Eig. Meld.) Die „Times" weist heute auf die wichtigste amtliche Bekanntmachung hin, wonach die englische Regierung der deutschen Regierung mitgeteilt habe, sie habe nicht die Absicht, ihre Rechte aus dem Artikel 18 des Versailler Vertrages, der sich auf die Beschlagnahme deutscher Guthaben in England im Falle einer vorläufigen Nichterfüllung des Versailler Friedensvertrages durch Deutschland bezieht, auszuüben. Die „Times" fügt hinzu, man könne aus dieser Bekanntmachung schließen, daß die Propaganda zu Gunsten der Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen von Versailles ihre Früchte zu tragen scheine.

Befürchtungen und Maßnahmen der Räteregierung.

Helsingfors, 27. Okt. (T.-U.) Aus Moskau sind hier Meldungen eingetroffen, daß in Kreisen der Sowjets große Beunruhigung herrscht, da man den Ausbruch einer Gegenrevolution befürchtet. Die Räteregierung hat sehr scharfe Sicherheitsmaßnahmen angeordnet.

Krassin Sowjetvertreter in Berlin.

London, 27. Okt. (T.-U.) „Manchester Guardian" vernimmt aus Riga, daß Krassin aus London abberufen wurde und zum Vertreter der Räteregierung in Berlin ernannt worden sei. Litwinow ist mit einer besonderen Mission nach Riga abgereist.

Vorteilhafte deutsch-tschechische Beziehungen.

Prag, 27. Okt. Der ehemalige tschecho-slowakische Gesandte in Berlin, Dr. Koerner, spricht sich in einem Interview über das Entgegenkommen aus, das er in Deutschland gefunden hat. Er sagt: „Die Beziehungen, die sich anfangs ziemlich kalt anließen, wurden bald glatt, vollkommen korrekt und für beide Staaten von großem Vorteil."

Die Legende von Irlands Deutschfreundlichkeit.

London, 27. Okt. (Eig. Meld.) Zu Beantwortung einer im Unterhause gestellten Anfrage behauptete der Ministerpräsident, er sei noch immer der Meinung, daß Irland im Jahre 1918 ein Komplott angezettelt hätte, um Deutschland zu Hilfe zu kommen. Die Regierung sei der Ansicht, daß es ratsam wäre, die Schriftstücke darüber zu veröffentlichen, wenn möglich, jedoch ohne Quellenangabe.

Die Kanzlerrede über Oberschlesien.

Berlin, 27. Okt. Im Reichstag beginnt heute um 1 Uhr die Beratung des Etats. Für die politische Debatte, mit der die Etatsberatung eingeleitet werden soll, sind vorläufig drei Tage in Aussicht genommen. Der erste Tag, der heutige Mittwoch, wird voraussichtlich den Regierungserklärungen vorbehalten sein. Reichskanzler Fehrenbach wird über die innenpolitischen Fragen sprechen. Einen breiten Raum in seiner Rede wird Oberschlesien einnehmen, für das die bundesstaatliche Autonomie für den Fall gesetzlich festgelegt werden soll, wenn nach einer für Deutschland günstig ausgefallenen Abstimmung Oberschlesien sie verlangen sollte. Der Passus in der Rede des Reichskanzlers, der sich mit Oberschlesien beschäftigt, ist in einer gemeinsamen Besprechung mit der preußischen Regierung im Wortlaut festgelegt worden. Von den anderen im Vordergrund stehenden innenpolitischen Fragen ist es besonders die der Sozialisierung, über die der Reichskanzler sprechen dürfte. An die Rede des Reichskanzlers soll sich nach den bisherigen Dispositionen unmittelbar die des Reichsministers des Äußeren Dr. Simons anschließen, der dem Reichstage ein Exposé über die außenpolitische Lage halten wird. Die Aussprache über die Regierungserklärung soll am Donnerstag beginnen und nach den bisherigen Dispositionen etwa zwei Tage dauern. Vermutlich wird nicht nur die erste Rednergarnitur der Parteien, sondern auch die zweite zum Worte kommen.

Waffenfunde in Schoppenitz.

Kattowitz, 27. Okt. Eine plötzliche Revision im Schlafhaus in Schoppenitz förderte Waffen mit reichlicher Munition zutage. Fünf Insassen wurden verhaftet und zwei von ihnen als berüchtigte Banditen aus dem Kreise Pleß festgestellt.

Streik in Bismarckhütte.

Bismarckhütte, 27. Okt. Montag abend sind die Arbeiter der elektrischen und Maschinenbetriebe, ungefähr 2500 Mann, auf der Bismarckhütte in den Streik getreten. Die Streikenden forderten Erhöhung des Tonnagegeldes und allgemeine Lohnerhöhung. Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Martinsstahlwerke und Elektroöfen sind gelöscht. Es wird geraume Zeit dauern, sie wieder in Betrieb zu setzen.

Drohender Streik in der rheinisch-westfälischen Holzindustrie.

Bochum, 27. Okt. (Eig. Meldg.) In der rheinisch-westfälischen Holzindustrie droht ein Ausstand der Schreiner. Die Arbeitgeber haben es abgelehnt, die Forderungen der Gehilfen zu erfüllen. Seit Mai d. J. waren die Löhne nicht mehr aufgebessert worden. Die Tarifverhandlungen sind abgebrochen.

Eine Verordnung über Betriebsstillegungen.

Der wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates verhandelten in gemeinsamer Sitzung über die Verordnung über Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Betriebsstillegungen. Die Verordnung bestimmt für gewerbliche und Verkehrsbetriebe mit mindestens 20 Arbeitern die Anzeigepflicht der beabsichtigten Betriebsstillegungen oder den Abbruch von Betrieben, wenn dadurch die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens verringert wird oder Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzt werden sollen und dadurch bei weniger als 200 Arbeitern 10 Arbeiter, bei mindestens 200 Arbeitern 5 Prozent, jedenfalls aber mehr als 50 Arbeiter zur Entlassung kommen. Eine Betriebsänderung darf ohne Genehmigung der zuständigen Demobilmachungsbehörde, die gegebenenfalls zur Beschlagnahme und Enteignung gegen Entschädigung befugt ist, nicht vorgenommen werden. Die Verordnung bedroht Zuwiderhandlungen mit Geldstrafen bis zu 100 000 ℳ und Gefängnis bis zu einem Jahre. Nach eingehender Debatte erfolgte die Annahme der Verordnung mit den vorgeschlagenen Änderungen in einer Gesamtabstimmung einstimmig.

Die Wege zur Sparsamkeit.

Berlin, 26. Okt. Der Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung beriet den Haushalt des Finanzministeriums. Es entspannen sich längere Debatten über die Wege zur Sparsamkeit in der Verwaltung. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, dem preußischen Finanzminister angesichts der gegenwärtigen Finanzlage im Kabinett dieselbe Stellung zu geben, wie das Reichskabinett sie dem Reichsfinanzminister eingeräumt hat.

Die Verkürzung der Polizeistunde.

Berlin, 27. Okt. (Eig. Meldg.) Wie an zuständiger Stelle verlautet, ist ein bestimmter Zeitpunkt für das Inkrafttreten der neuen Polizeistunde noch nicht festgesetzt worden. Es wird zunächst noch geprüft werden, ob es notwendig sein wird, in einzelnen Bezirken je nach den Erfordernissen der geschäftlichen Betriebe die bisherige Polizeistunde beizubehalten.

Die Tagung des Reichsbürgerrats.

Berlin, 27. Okt. (Eig. Meldg.) In Berlin fanden Beratungen des Präsidiums und des Präsidial-Beirats des Reichsbürgerrats statt, in denen ausführliche Vorträge über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus, über die deutsche Ostmark und über das Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften gehalten wurden. Einstimmig wurde zum Ausdruck gebracht, daß gegenüber der Kampfansage der radikalen Sozialisten die Front der verfassungstreuen Bürger wesentlich verstärkt werden müsse. Es wurde jedoch einheitlich zum Ausdruck gebracht, daß ein Aufgehen der Bürgerratsbewegung in die Organisation Escherich gar nicht in Betracht komme, wohl aber ein Zusammenarbeiten beider Organisationen soweit als möglich bei gemeinsamen Programmpunkten notwendig sei.

Kommunisten aller Schattierungen vereinigt Euch!

Das ist der Sinn eines Aufrufes, der die ganze erste Seite der „Roten Fahne", des Organs der Kommunistischen Partei Deutschlands, anfüllt und der neben den Unterschriften der Linksunabhängigen und Kommunisten auch die des großen Abgesandten aus Moskau trägt. Nachdem die Rechtsunabhängigen, die zwar die Gewalt, aber nicht den Terror wollen, zu der bekannten „einen reaktionären Masse" geworden sind, kann nicht daran gezweifelt werden, daß die Unabhängigen um Däumig und der alte Spartakusbund sich zu einer Partei zusammenschließen werden, „um der Bourgeoisie" die Eisenfaust des Proletariats „frei nach Wilhelm II. gepanzerter Faust" zu zeigen. Ablehnend verhält sich bisher die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, die zwar auch bereit ist „die Revolution weiter fortzuführen", die es aber ablehnt, den Befehlen Moskaus zu folgen. Im übrigen hat Herr Rühle in auch kürzlich alle diese radikalen Parteien als antirevolutionär bezeichnet, so daß keine vor der anderen etwas voraus hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201027-18/fragment/page=0001

Politische Uebersicht.

Die Bemühungen der englischen Regierung um Beilegung des Bergarbeiterstreiks.

In London dauerten am Montag die Besprechungen zwischen den Mitgliedern der Regierung und den Vertretern der Bergarbeiter einerseits, zwischen den Regierungsmitgliedern und den Unternehmern andererseits und drittens zwischen den Bergarbeitern untereinander fort. Die Lohnerhöhung von 2 Schilling dürfte den Bergarbeitern sofort zugestanden werden. Andererseits würden die Bergarbeiter der Regierung das Zugeständnis machen, daß ihnen von dem Lohn am Ende des Jahres Abzüge in dem Maße gemacht werden, wie die Lohnerhöhung der Steigerung der Kohlenförderung nicht entspräche. Andererseits würde aber auch festgestellt werden müssen, ob nicht die Unternehmer an der mangelnden Förderung die Schuld tragen, in welchem Falle Lohnabzüge am Jahresschluß für die Bergarbeiter nicht stattfinden. Im Unterhaus erklärte Lloyd George, er hoffe, daß die gegenwärtigen Verhandlungen die Notwendigkeit beseitigen würden, einen Schiedsgerichtshof einzusetzen, um über die besten Mittel zu beraten, wie die Kohlenförderung gesteigert werden könnte.

Belagerungszustand in England.

Das Unterhaus hat in zweiter Lesung mit erdrückender Mehrheit das Notstandsgesetz angenommen, d. h. wegen des Bergarbeiterstreikes wird der Belagerungszustand über England verhängt werden, falls die zurzeit noch schwebenden Verhandlungen über dessen Beilegung scheitern. Es ist für uns, denen die Demokratie noch neu und ungewohnt ist, nicht ohne Reiz, festzustellen, daß das alte demokratische England, in dem die Gleichheit vor dem Gesetz seit einem Jahrtausend rechtens und seit fast Jahrhunderten mit nur kurzen Unterbrechungen Übung ist, in kritischen Zeiten ohne diese Ausnahmebestimmung nicht auskommen kann. Doch schreit niemand über Vergewaltigung, wenn das Parlament sie für nötig hält und die Regierung hat den Mut und die Macht, die Staatsautorität auch gegenüber denjenigen Kreisen zu wahren, die sich brüsten, die Hand an der Gurgel des wirtschaftlichen Lebens zu haben.

Noch keine Einigung im Bergarbeiterstreik.

London, 27. Okt. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Bergleute dauerten mehrere Stunden, sie wurden auf morgen vertagt.

Bevorstehender Streik in Belgien.

Aus Brüssel meldet die „Köln. Ztg.": Am 1. November werden im Gebiet von Charleroi nicht nur die Minenarbeiter, sondern sämtliche Arbeiter der verschiedenen Gewerkschaften streiken. Die Syndikate beraten augenblicklich über die Möglichkeit eines Generalstreiks der Eisenbahner, Postbeamten, Straßenbahner, Hüttenarbeiter und Glasarbeiter. Der Grund des Streiks ist der Protest gegen die geplante Berufssteuer. Die Arbeiter bestreiten die Gesetzmäßigkeit dieser Steuer, besonders die Tatsache, daß die Regierung die Arbeitgeber mit der Eintreibung der Steuer beauftragt hat.

Sympathiestreik amerikanischer Bergleute.

Die „Daily News" melden aus Washington: Die amerikanischen Bergleute sind in einen teilweisen Solidaritätsstreik für die britischen Bergleute eingetreten. Im Hafen von New York wurden am Freitag und Sonnabend keine Ausfuhrkohlen mehr eingeladen. — Der „Herald" meldet aus Washington: Die amerikanische Gewerkschaftsunion ladet alle Bergarbeitervereinigungen der europäischen Länder zu einem Sympathiestreik für die englischen Bergleute ein, um den Forderungen der letzteren größeren Nachdruck zu verleihen.

*

Der Märtyrertod des Bürgermeisters von Cork.

Haag, 26. Okt. Wie bereits gemeldet, ist der Bürgermeister von Cork am 75. Tage seines Hungerstreiks gestorben. Seine letzte öffentliche Kundgebung vor etwa zehn Tagen war an den Gemeinderat von Cork gerichtet und drückte seine Bewunderung für den Märtyrertod eines anderen Iren aus, der ungefähr gleichzeitig mit ihm den Hungerstreik begonnen hatte. Am Mittwoch morgen wird die Untersuchung (!) über den Tod des Bürgermeisters von Cork stattfinden, und erst danach kann der Leichnam in die Kathedrale von St. Georg übergeführt werden. Nach einer Meldung der „Daily Mail" sollen die letzten Worte des Bürgermeisters zu seiner Schwester Anny gewesen sein: „Zeichne diese Botschaft auf. Du bist Zeuge, daß ich als Soldat der irischen Republik starb." Seine Schwester erwiderte, daß sie sich dieser Worte erinnern werde. „Nein", erklärte der Bürgermeister, „Du mußt sie aufschreiben! Gott möge Irland retten!"

Die Aufnahme der Todesnachricht in Irland.

Aus Rotterdam wird der „Rhein.-Westf. Ztg." gemeldet: Aus Dublin wird gemeldet: Der stellvertretende Bürgermeister von Cork erließ eine Proklamation, worin er sagt, daß Cork nunmehr für alle Zeiten an die Republik gebunden sei. Als der Tod des Bürgermeisters in Cork bekannt wurde, wurden sofort alle Läden geschlossen. Jeder öffentliche Dienst wurde eingestellt. Die Fahnen wurden auf Halbmast gehißt. In Dublin fand gerade, als der Tod bekannt wurde, eine große militärische Razzia statt. Das Rathaus war von Militär besetzt, so daß es nicht auf Halbmast flaggen konnte. Aber sonst waren überall in der Hauptstadt Zeichen von Trauer zu sehen. Für die Razzia waren die umfassendsten Vorbereitungen getroffen. Alle Zugänge zu der Stadt waren mit Stacheldraht gesperrt. Alle Fahrzeuge wurden untersucht. Starke Truppenabteilungen mit Panzerautos zogen durch die Straßen. In verschiedenen irischen Städten kamen Unruhen vor, und man befürchtet, daß nach Bekanntwerden des Todes des Bürgermeisters diese Unruhen noch größeren Umfang annehmen werden. — Aus London wird gemeldet: Angesichts der immer bedrohlicher werdenden Lage in Irland wurde der Vizekönig von Irland, Lord French, von Lloyd George nach London berufen.

Große Erregung in New York.

New York, 26. Okt. Der Tod des Bürgermeisters von Cork hat unter den Iren New Yorks große Erregung hervorgerufen. Verschiedene irische Gewerkschaften haben einen heftigen Protest erlassen; es werden Riesenversammlungen angekündigt. Der Bürgermeister von New York, Hylan, ein gebürtiger Ire, hat zur Ehrung eines der edelsten Märtyrer, die jemals für die Freiheit gestorben sind, die amerikanische Flagge auf dem Rathause aufziehen lassen.

Unruhen in Belfast.

Rotterdam, 27. Okt. „Nieuwe Rotterdam. Courant" meldet aus London, daß es in Belfast anläßlich des Todes des Bürgermeisters von Cork zu Unruhen kam. Die Gegner der Sinnfeiner verhinderten das Hissen von Trauerfahnen. Bei den entstehenden Schießereien wurde ein Bürger getötet. Im Gefängnis von Cork ist wieder ein Hungerstreikender gestorben. In London ist eine Leibwache von 50 irischen Freiwilligen eingetroffen, um die Leiche des Bürgermeisters von Cork nach Irland zu geleiten.

*

Griechenland.

Eine Botschaft an das griechische Volk.

Athen, 27. Okt. (Reuter.) Das Kabinett hat eine Botschaft an das Volk gerichtet, in der mitgeteilt wird, daß Prinz Paul zur Thronbesteigung aufgefordert worden ist.

Der König von Griechenland ist gestorben. Angeblich an einem Affenbiß. Das ist nicht so unwahrscheinlich, wie es klingt. Indische Fürsten z. B. besitzen dressierte Kampfaffen, die gelegentlich auch einen unbequemen Verwandten ins Jenseits befördern. Die Königsherrlichkeit hat nicht länger als zweieinhalb Jahre gedauert. Am 10. Mai 1917 wurde der deutschfreundschaftliche Konstantin gezwungen, sein Reich zu verlassen, und die Entente zwang das blockierte Griechenland, Alexander als Herrscher anzuerkennen. In Wahrheit war er nur ein Spielzeug in der Hand des klugen Kreters Venizelos, der nach dem kurzen Interregnum von Zaimis auch nach außen hin die Herrschaft übernahm. Er regierte mit dem Terror gegen Andersdenkende. Noch heute sind die Gefängnisse mit Königstreuen überfüllt. Aber es kann andererseits nicht geleugnet werden, daß er Griechenland äußerlich eine Machtstellung gab, auf die es kaum zu hoffen gewagt hatte. Die Thronfolge ist noch dunkel und kann zu schweren Verwickelungen führen, da der entthronte Konstantin niemals daran gedacht hat, seine Rechte aufzugeben. Fraglich ist es überhaupt, ob Venizelos einen neuen Scheinkönig einsetzen wird oder als Präsident der Republik Griechenlands die Geschicke des Landes leiten wird.

Venizelos über die Thronfolge.

London, 27. Okt. (Eig. Meldg.) Wie den Blättern aus Athen gemeldet wird, ist König Alexander Montag morgen 5,30 Uhr gestorben. Venizelos erklärte unmittelbar nach dem Ableben des griechischen Königs dem Athener Vertreter der „Daily Mail", abgesehen vom König Konstantin und dessen ältesten Sohn sei die Dynastie des Königs Georg niemals entthront worden. Die Thronfolge geht deshalb ohne weiteres vom König Alexander auf den dritten Sohn, den Prinzen Paul über. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß Prinz Paul, der sich gegenwärtig bei seinem Vater in Zürich aufhält, annehmen wird. Das Gerücht, daß er die Annahme verweigern werde, ist nichts als ein Wahlmanöver meiner parteipolitischen Gegner. Vorerst wird eine Regentschaft Platz greifen und nach den Wahlen, welche nach meinem Ermessen der liberalen Partei eine große Mehrheit verschaffen werden, wird Prinz Paul den Thron besteigen. Damit kann sich dann auch Exkönig Konstantin zufriedengeben und seinen und seines ältesten Sohnes definitiven Thronverzicht erklären. Die griechische Regierung hat die Errichtung einer Republik oder die Einsetzung eines englischen oder sonstigen ausländischen Prinzen niemals in Erwägung gezogen.

*

Deutschland.

Zur Spaltung der USP.

h. Halle a. S., 26. Okt. Die Stadtverordnetenfraktion der bisherigen U. S. P. hat sich ebenfalls gespalten. Dem rechten Flügel gehören 16 Stadtverordnete, dem linken Flügel 9 Stadtverordnete an, zwei Stadtverordnete haben sich noch nicht entschieden.

h. **Sangerhausen,** 26. Okt. Der kommissarische Landrat Kasparek ist vom Kreistag am Sonnabend mit 17 gegen 13 Stimmen zum Landrat gewählt worden. Die Neukommunisten sowohl wie das Hallesche Volksblatt, versuchten noch in letzter Stunde die Wahl Kasparek, der auf dem rechten Flügel der U. S. P. steht, zu verhindern.

h. **Die Kreisgeneralversammlung der U. S. P. des Bitterfelder-Delitzscher Kreises** beschloß am Sonntag, sich der Partei Däumig-Hoffmann anzuschließen. Die bisherigen Vorstandsmitglieder sowie der Parteisekretär Buhle werden ihres Amtes enthoben und aufgefordert, das Vereinsvermögen an den neuen Vorstand abzuliefern. Dem Reichstagsabgeordneten Raute-Eilenburg spricht die Versammlung ihr Mißtrauen aus und fordert ihn auf, sein Mandat niederzulegen.

Die Leitung der „Erfurter Tribüne" ist dem früheren Hauptschriftleiter Paul Hennig vom „Halleschen Volksblatt" übertragen worden. Hennig, der auf dem rechten Flügel steht, wurde bekanntlich bei der Spaltung der U. S. P. vom Halleschen Volksblatt plötzlich entlassen.

Die „Erfurter Tribüne" erscheint wieder.

Aus Erfurt wird geschrieben: Nachdem die neukommunistischen Redakteure durch die Firmenträger entlassen worden sind, erscheint die unabhängige Erfurter „Tribüne" seit Sonnabend wieder. Neben dem Reichstagsabgeordneten Mehrhoff, der schon früher der Redaktion angehörte, ist der von den Neukommunisten in Halle gemaßregelte Redakteur Paul Hennig in die Redaktion eingetreten.

Die Unabhängigen im Dresdner Bezirk.

Wie wir aus Dresden erfahren, hat sich eine Kreismitgliederversammlung der USP. des Bezirkes Dresden am Sonntag einstimmig auf den Boden der alten Richtung Crispien gestellt. — Eine Abstimmung in einer Kreismitgliederversammlung des Bezirkes Oberlausitz ergab ebenfalls eine überwiegende Mehrheit für die alte Partei.

Der Zusammenschluß der Linksradikalen,

der seit Halle nahe war, scheint jetzt zur Tatsache geworden zu sein. Das Zentralkomitee der neuen kommunistischen USPD. und die Zentrale der KPD., sowie das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale fordern in einem Aufruf die internationalen Arbeiter zum Zusammenschluß in der Kommunistischen Internationale auf. — Weiter veröffentlicht die „Rote Fahne" eine Kundgebung, die vom Zentralkomitee des linken Flügels und von der

Landwirte, ermöglicht durch schnelle Ablieferung von Brotgetreide und mäßige Preise die freie Wirtschaft!

Zentrale der KPD. unterzeichnet ist und in der die einige geschlossene Partei der deutschen Kommunisten proklamiert wird.

*

Die Arbeit des Unterausschusses für die Besoldungsordnung.

Berlin, 27. Okt. (Eig. Meldg.) Der Unterausschuß für die Besoldungsordnung hat sich bei seiner letzten Sitzung mit Rücksicht auf den deutschnationalen Parteitag bis zum kommenden Mittwoch vertagt. Er wird an diesem Tage sofort an die Einstufung der Sekretäre herangehen und damit den Kernpunkt aller Fragen berühren. Die letzte Sitzung des Unterausschusses verlief übrigens recht bewegt. Von mehreren Seiten wurde das Verhalten einiger Regierungsvertreter scharf gerügt, weil sie im Augenblick ihrer notwendigen Anwesenheit nicht zugegen waren, so daß der Fortgang der Verhandlungen darunter litt. Im übrigen wurden Angriffe von bürgerlicher Seite gegen die anwesenden mehrheitssozialistischen Mitglieder gerichtet, weil diese die Vertraulichkeit des Ausschusses nicht genügend gewahrt und durch wenig objektive Wiedergabe bestimmter Einzelheiten aus den Verhandlungen Erregung in die ohnehin schon vielfach aufgeregte Beamtenschaft hineingetragen hätten. Ein Antrag, den Mitgliedern die Vertraulichkeit aufzuerlegen, wurde von einem Vertreter der Unabhängigen bekämpft, der im übrigen ausdrücklich betonte, daß die Unabhängigen auch in Zukunft die Vertraulichkeit wahrscheinlich wahren würden. Der Vorsitzende des Ausschusses bat nochmals dringend um Wahrung der Vertraulichkeit. Für das Gesetz der Ortsklassenverzeichnisse, das demnächst dem Reichstage zugehen soll, wurde der volksparteiliche Abg. Dr. Most als Berichterstatter bestimmt.

Verantwortungslose Opposition.

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Hannover zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wohin Verantwortungslosigkeit und reine Wahldemagogie eine Partei führen können. Niemand wird der Deutschnationalen Volkspartei übel nehmen, wenn sie ihre Forderung nach Wiederaufrichtung der Monarchie klar ausspricht, aber Herr Hergt glaubt doch selbst nicht, daß der von ihm erstrebte Ordnungsstaat von der Monarchie abhängig ist. Er sagt, die Monarchie hat es verstanden, zu sparen, Ordnung zu halten und ein zuverlässiges Beamtenheer sich zu schaffen. Die Deutschnationalen wollen darum einen starken Kaiser wieder haben. Wahrheitsgemäß hätte er doch auch hinzufügen müssen, daß der König nicht nur eine Bataille, sondern den größten Weltkrieg aller Zeiten verloren hat, und daß die gegenwärtigen Verfallzeichen Wirkungen des fünfjährigen Krieges sind, die sich keineswegs auf Deutschland allein beschränken, sondern internationaler Natur sind. In den Monarchien England und Italien zeigen sie sich genau so wie in den Republiken Deutschland und Frankreich. Herr Hergt aber entwickelt für seine monarchischen Zwecke auch noch ein recht seltsames Aktionsprogramm. In dem Parteitagslokale wehten auch die hannoverschen Fahnen, und Herr Hergt nahm ausdrücklich auf die monarchische Bewegung in Hannover Bezug, die dort bekanntermaßen aber in einer ganz anderen Richtung geht als das deutschnationale Programm. Natürlich wurde auch die bayerische monarchische Bewegung gerühmt. Geradezu erschreckend unwahrhaftig zeigte sich Herr Hergt, als er auf die Sozialdemokratie zu sprechen kam. Bekanntlich haben bei den letzten Reichstagswahlen Graf Westarp und andere Deutschnationale offen erklärt, auch mit der Sozialdemokratie eine Regierung bilden zu wollen. Jetzt erklärte Herr Hergt sich gegen jedes Kompromiß mit der Sozialdemokratie. Mit einer Leichtherzigkeit, um die man ihn nicht beneiden wird, behandelte endlich Herr Hergt das oberschlesische Problem. Wie die Dinge heute liegen, ist Oberschlesien heute nur beim Reiche zu halten, wenn man ihm die Rechte eines Bundesstaates einräumt. Herrn Hergt geniert das aber nicht, er will diese ganze Frage zur preußischen Wahlparole machen. Wie die Mehrheitssozialisten in Kassel, so sehen die Deutschnationalen in Hannover die ganze Politik nur unter dem Gesichtswinkel einer günstigen Wahlparole an.

Merseburg und Umgegend.

27. Oktober.

** **Schornstein-Kehrgebühren und Umsatzsteuer.** Von der Hochbauverwaltung beim Landratsamt Merseburg wird uns geschrieben: Nach dem Schreiben vom 7. 10. d. Js. des Herrn Reichsministers der Finanzen II U. 7071 unter Nr. 1738/20 Dr. R./M. kann die Umsatzsteuer von den Kehrgebühren besonders in Rechnung gestellt werden. § 12 des Umsatzsteuergesetzes verbietet zwar, die Steuer getrennt in Rechnung zu stellen, läßt aber Ausnahmen davon in den Fällen zu, wo die Rechnungsbeträge gesetzlich bemessene Gebühren darstellen. Hierunter fallen auch die Kehrlöhne. Die Hausbesitzer werden darum in Zukunft neben den kürzlich erhöhten Sätzen der Kehrgebühren-Ordnung noch die Beträge der Umsatzsteuer an die Schornsteinfeger erstatten müssen.

** **Aus der Merseburger Geschäftswelt.** Die Firma Richard Beyer & Co. in Merseburg ist auf die Frau Dora Hölzer verw. Bräuninger in Merseburg übergegangen, wobei dem Wiesenbaumeister Alfred Hölzer hier für die Firma Prokura erteilt worden ist. — Der Schlossermeister Franz Steger hier hat in dem Anwesen Weißenfelser Straße 40/Blumenthalstraße 2 eine Maschinenbauanstalt und Schlosserei, verbunden mit Rohrinstallation, Eisenkonstruktion und Autogen-Schweißerei, in Betrieb genommen.

** **Ehrenurkunden der Handelskammer an Merseburger.** Dem Oktoberheft der Handelskammer zu Halle entnehmen wir folgende Auszeichnungen Merseburger: Die Ehrenurkunde der Handelskammer Halle für langjährige treue Tätigkeit im Dienste einer Firma ist verliehen worden der Kartonnagenarbeiterin Amalie Knothe bei der Firma C. Görling G. m. b. H. Merseburg für 40 jährige Dienstzeit; dem Geschirrführer Ernst Liebecke bei der Firma Paul Lützkendorf Merseburg für 25 jährige Dienstzeit.

** **30 jähriges Bestehen der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.** Im Herbst dieses Jahres kann die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg — Invalidenversicherung für den Bereich der Provinz Sachsen und des ehemaligen Herzogtums Anhalt — ihr 30 jähriges Jubiläum begehen. Über die Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Anstalt aus kleinen Anfängen zu ihrer heutigen Gestalt bringt unsere nächste heimatkundliche Beilage „Der Chronist" am Ende dieses Monats einen ausführlichen Aufsatz aus unterrichteter Quelle.

** **Textilnotstandsware.** Über die Abgabe von waschbarem Kleiderstoff als Textilnotstandsware veröffentlicht das Landratsamt im Amtsblatt der heutigen Zeitung eine Bekanntmachung, die der Beachtung empfohlen wird.

** **Beihilfen an Kriegsbeschädigte.** Von der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte in der Provinz Sachsen zu Merseburg und von dem bei dieser eingesetzten Bewilligungs-Ausschuß sind im verflossenen Vierteljahr Juli—September 1920 aus der Volksspende und anderen Spendenmitteln für Kriegsbeschädigte in 19 Fällen Darlehn in Höhe von 750—5000 ℳ bewilligt worden, so daß die Gesamtbewilligungen in dem gesamten Vierteljahre 201 750 ℳ ausmachen.

** **Fürsorge für vertriebene Auslandsdeutsche.** Als Geschäfts- und Zahlstelle für die Durchführung der ergänzenden Fürsorge für die vertriebenen Auslandsdeutschen und Deutschausländer (Mittel aus der zweiten Sammlung der Volksspende für vertriebene Auslandsdeutsche, Rückwandererhilfe E. V.) ist ein Fürsorgeausschuß beim Provinzialverein vom Roten Kreuz für die Provinz Sachsen in Magdeburg, Scharnhorststraße 1, gebildet. Alle diesbezüglichen Gesuche sind an die zugehörige amtliche Fürsorgestelle zu richten. Diese gibt sie dem Provinzialverein (Fürsorgeausschuß) zur Erledigung weiter.

** **Musikabend von H. Roye.** Was der erste Schülerabend des akademischen Musiklehrers Hugo Royes, der im vorigen Jahre in der Aula unseres Lyzeums stattfand, gezeigt hatte, bestätigte der Dienstag abend im Casino, nämlich, daß unter seiner zielbewußten und energischen Leitung tüchtig gearbeitet und etwas geleistet wird. Natürlich sind nicht alle Schüler gleich befähigt und weit gefördert, aber bei allen ist die Hand und der Geist ihres Lehrmeisters unverkennbar. Der große Casinosaal war ganz gut besucht, und die Zuhörer, unter denen auch viele Kinder waren, folgten den Nummern des geschickt zusammengestellten Programms mit sichtlichem Interesse und spendeten den auch wirklich anerkennenswerten Leistungen lebhaften Beifall. Als besonders gelungen heben wir hervor die große Sonate in B dur für zwei Violinen und Klavier von Händel, bei der Hugo Roye selbst mitwirkte, die Geigenstücke von M. Dello, Johann Sebastian Bach, Lortzing, Thomé und Bohne, Frühlingsrauschen von Sinding, Hochzeitstag von Grieg, die sechshändigen Menuette und die Kinder-Sinfonie von Romberg. Die Darbietungen erfolgten ohne lange Pausen hintereinander, so daß sich das reichhaltige Programm verhältnismäßig schnell abwickelte und der Abend nur wenig nach der angesetzten Zeit zu Ende war. Hugo Roye kann mit Befriedigung auf diesen Abend zurückblicken; die Schüler aber werden dadurch zu weiterem Streben angespornt sein und die Eltern sich im Vertrauen auf die erprobte und tüchtige Führung ihrer Kinder gestärkt haben. Ob freilich für den Stipendienfonds viel übrig bleibt, erscheint bei den großen Unkosten heutzutage sehr fraglich. Fr.

** **Einspruch des Lehrervereins.** Der Vorstand des hiesigen Lehrervereins schreibt uns: In dem Artikel „Aus der Stadtverwaltung" in Nr. 239 des „Korrespondenten" begründet der Magistrat die schlechte Finanzlage der Stadt u. a. auch mit den hohen Ausgaben für das Volksschulwesen, obwohl die endgültigen Ziffern dafür noch gar nicht gesetzlich festgelegt sind. Der hiesige Lehrerverein erhebt dagegen Einspruch, daß noch immer, wie schon früher, die Schullasten herhalten müssen, um die schlechte Finanzlage vor der Öffentlichkeit zu begründen, während andere Sachen, die bedeutend höhere Ausgaben verursachen, z. B. die Beamtenbesoldung, geflissentlich mit Stillschweigen übergangen werden.

** **Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen** (Ortsgruppe Merseburg), veranstaltet am Freitag den 5. November, abends 8 Uhr, im Saale des Casino einen Theaterabend zugunsten der Kriegszermalmten. Zur Aufführung gelangt „O, welche Lust, Soldat zu sein" mit einem Lebensbild „Der Völkerfrieden". Der gesamte Reinertrag fließt den Kriegszermalmten zu. Alles nähere wird im Anzeigenteil dieser Zeitung bekannt gegeben.

** **Kreiskriegerverband Merseburg.** Die diesjährige Herbst-Vertreterversammlung findet am Sonntag den 31. Oktober, nachmittags 2½ Uhr, in Müllers Gasthaus hier, am Bahnhof, statt. Der Versammlung geht eine Vorstandssitzung voraus, die schon um 1½ Uhr beginnt.

** **Oktoberheft der Handelskammer.** Die Mitteilungen der Handelskammer Halle für den Monat Oktober sind jetzt erschienen. Das Heft ist wieder sehr reichhaltig und kann jedem Gewerbetreibenden nur empfohlen werden, da es wichtiges Material für ihn enthält. Bestellungen darauf nimmt jede Postanstalt und das Büro der Handelskammer entgegen.

*

Die Entwaffnung.

Die für die freiwillige Waffenabgabe festgesetzte Frist neigt sich ihrem Ende zu. Wenn auch die bisherigen Ergebnisse der Waffeneinsammlung nicht unbefriedigend sind, so ist doch anzunehmen, daß sich auch heute noch eine beträchtliche Anzahl ablieferungspflichtiger Waffen in den Händen der Bevölkerung befindet. Man scheint sich vielerorts über den Ernst des Gesetzes und über die Straffheit, mit der es durchgeführt werden muß, noch nicht im klaren sein.

Ist erst die freiwillige Ablieferungspflicht zu Ende, so wird die Erfassung der dann noch zurückgehaltenen Waffen mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Die Ergebnisse der freiwilligen Ablieferung werden Schlüsse darauf zulassen, in welchen Bezirken noch Waffen zurückbehalten worden sind. Wo dies zu vermuten ist, wird beim Einzelnen mit Haussuchungen, bei Gemeinden oder Bezirken mit Zernierungen und Durchsuchungen im größeren Maßstab vorgegangen werden. Zu beachten ist ferner, daß das Gesetz nicht nur eine Ablieferungspflicht, sondern auch eine Anzeigepflicht festsetzt, und daß späterhin für Mitteilungen über bestehende Waffenlager, die zur Beschlagnahme dieser Lager führen, beträchtliche Belohnungen ausgesetzt werden sollen, wie sie das Entwaffnungsgesetz ausdrücklich vorsieht. Es besteht also für jeden, der sich der Ablieferungspflicht entzogen hat, die größte Gefahr, daß durch Anzeige von anderer Seite sein Waffenbesitz zur Kenntnis der Behörde gelangt. Die sofortige Beschlagnahme der Waffen ist dann die erste Folge, außerdem wird aber die Staatsanwaltschaft unnachsichtlich jeder Anzeige nachgehen und gegen die Waffenbesitzer einschreiten. Verstöße gegen das Entwaffnungsgesetz werden mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, mit Geldstrafe bis zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201027-18/fragment/page=0002

800 000 ℳ und in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren geahndet.

Noch ist Zeit und Gelegenheit, die Waffen herauszugeben. Nach dem 1. November kommt die Reue zu spät.

*

Die Not der kleinen und mittleren Rentner.

Uns wird geschrieben:

Am hiesigen Orte befindet sich eine Ortsgruppe des „Deutschen Rentnerbundes", welche dazu berufen ist, die wirtschaftlichen Interessen der kleinen und mittleren Rentner zu vertreten, insbesondere auch darauf hinzuwirken, daß die Steuergesetzgebung der nur sehr schwachen Leistungsfähigkeit dieser Ärmsten der Armen angepaßt wird. Die Notlage unter diesem bisher von der Steuergesetzgebung so stiefmütterlich behandelten Stande ist dermaßen groß, daß viele Rentner und Rentnerinnen tatsächlich allen Lebensmut verloren haben. Nur wirklich großzügige und schleunige Hilfe kann diesen beklagenswerten Personen ihr trauriges Schicksal mildern!

Wer gibt den kleinen und mittleren Rentnern, die auf die geringen Zinserträgnisse ihres in harter, langjähriger Berufstätigkeit früher mühsam zusammengesparten kleinen Kapitals angewiesen sind, Zuschüsse oder sonstige Zuwendungen? Niemand! Im Gegenteil, ihr Einkommen wird ihnen weiter verkleinert, wie z. B. durch die Kapitalertragsteuer, die ihnen unbegreiflicherweise ganz schematisch aufgebürdet ist, so daß die armen Rentner tatsächlich vor einer Katastrophe stehen! Dazu sollen nun in nächster Zeit noch die überaus hohe Einkommensteuer und das Reichsnotopfer eingezogen werden, welche die kleinen Vermögen nun weiter noch in stärkster Weise vermindern. Auch eine Reichsmietsteuer und eine Zwangsanleihe sind in Vorbereitung und drohen das niedrige Einkommen noch weiter zu schmälern, so daß die beklagenswerten Rentner schon verschiedentlich in Protestresolutionen dagegen Front gemacht haben.

Die Unmöglichkeit, den Rentnerstand mit all diesen ruinösen Steuern zu bedrücken, dürfte auch aus der Tatsache hervorgehen, daß der weit größte Teil der Rentner nur über ein jährliches Einkommen von ca. 2000—4000 ℳ verfügt, während nach den neuesten Berechnungen des Direktors des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, Dr. Kuczinskzy, das sogenannte Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8300 ℳ, für das kinderlose Ehepaar 12 400 ℳ und für das Ehepaar mit 2 Kindern 17 100 ℳ jährlich beträgt! Hieraus dürfte zur Genüge hervorgehen, daß den armen Rentnern schleunigst geholfen werden muß, wenn sie nicht elendiglich verhungern bezw. der Armenunterstützung zur Last fallen sollen! Ihr kleines Kapital ist sehr bald bei der heutigen Teuerung aufgezehrt, und was dann, wenn der Staat nicht helfend einschreitet?

*

Neue weitere Erhöhung der Fernsprechgebühren?

Auf einer Tagung des Reichsbundes deutscher Technik in Leipzig hat der Ministerialdirektor Dr. Bredow Mitteilungen über geplante noch weitere Erhöhungen der Fernsprechgebühren gemacht, die die Besorgnis aller Fernsprechteilnehmer, insbesondere der Geschäftswelt, erregen müssen.

Der Redner verwies auf die stark gestiegenen Materialpreise und ebenso auf die Gehälter und Löhne. Die Aufwendungen für die Unterhaltung eines Anschlusses hätten sich verzehnfacht, die Gebühren nur vervierfacht. Das müsse wieder in Einklang gebracht werden. Diesem Bestreben solle ein in Vorbereitung befindlicher Fernsprechtarif dienen, der auf wirtschaftlichen und sozialen Grundsätzen aufgebaut sei. — In Aussicht genommen ist die Erhebung einer Anschlußgebühr und außerdem einer Gesprächsgebühr, die in mehreren Stufen nach der Zahl der vermittelten Gespräche gestaffelt wird. Die Vielsprecher werden mehr zu zahlen haben als die Wenigsprecher, was bei der jetzigen Pauschgebühr zum Schaden des Betriebs und der Allgemeinheit nicht der Fall sei. Die gegen den Fernsprechbeitrag von 1000 ℳ und die schon jetzt so hohen Gebühren eingeleitete Protestbewegung sei unberechtigt. Der jetzige Gebührentarif sei zwar unpraktisch und werde verschwinden, aber die Höhe der Gebühren entspreche nicht annähernd der Geldentwertung, aus der alle Preise sich zwangweise ergeben.

Das sind fürs Publikum ja sehr erfreuliche Aussichten! Der Fernsprecher ist schon heute eine so kostspielige Einrichtung, daß die kleinere Geschäftswelt entweder davon Abstand nehmen muß, oder die Kosten gezwungen, aber nur unter schweren Opfern, aufbringt. Vielfach ist man der Meinung, daß die Leistungen des gesamten Postbetriebes stark zurückgegangen sind, und daß durch Wiedererhöhung aller persönlichen Leistungen und demgemäß Personalersparnis der wachsenden Verteuerung entgegengewirkt werden könne. Außerdem darf die Postverwaltung nicht in den Fehler verfallen, ihren vorhandenen Bestand an Apparaten, Kupferdrahtleitungen usw. zum heutigen „Beschaffungspreis" in Rechnung zu stellen und nun plötzlich die Verzinsung dieses fiktiven Konjunkturwertes zu verlangen. Sofern solche nicht ganz reellen Rechenpraktiken angewandt werden sollen, müßte davon abgesehen werden. Dann wird sich vielleicht zeigen, daß es auch mit den schon so stark geschraubten jetzigen Tarifen geht.

*

Tageskalender.

Mittwoch. Liga zum Schutze der deutschen Kultur im großen Casino-Saale Vortrag von Dr. E. Stadtler über „Die politische Lage". — Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ausgabe von Wurst im „Alten Dessauer". — Verein der Bäckergesellenschaft Merseburg Kränzchen im Neuen Schützenhaus. — Ball in der Funkenburg. — Künstlerkonzert unter Konzertmeister Putler im Ratskeller.

Stadttheater Halle. Mittwoch, abends 7½ Uhr „Die Entführung aus dem Serail". Donnerstag, abends 7½ Uhr „Christa die Tante".

*

Für unsere Hausfrauen.

Ausgabe von Zuckermarken für November und Dezember im alten Rathaus (Burgstraße) von 8—½1 und 3—7 Uhr gegen Vorlegung des Lebensmittelheftes, nur an Erwachsene der Haushalte in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben Q—Z.

Ausgabe von Milchkarten für November 1920 im alten Rathaus von 8—1½ und 3—7 Uhr gegen Rückgabe der Oktober-Stammkarten für die Kunden der Verkaufsstellen Heinicke, Müller, Münzer und Schwalbe.

Erstlingswäsche zu billigen Preisen im städtischen Wohlfahrtsamt im neuen Rathaus am Markt.

Anmeldung auf Auslandsspeck mit Bezugsschein Nr. 2 des Lebensmittelheftes, 250 Gramm für die Person, in den Fleischverkaufsstellen. Dabei wird der Bezugsschein Nr. 1 des Lebensmittelheftes noch mit 100 Gramm Auslandsspeck nachbeliefert. Die Abgabe der Bezugsscheine hat bis Sonnabend dieser Woche in den Fleischverkaufsstellen zu geschehen.

---

g. Lochau, 26. Okt. Sonst zeichnete sich unser Ort von jeher durch das Vorhandensein reichlichen und guten Trinkwassers aus. Schon länger aber macht sich im Westen und Norden des Ortes in den daselbst befindlichen Brunnen ein Schwinden der Wassermenge bemerkbar, und sogar ein wiederholtes Tieferlegen der Brunnensohlen hat ebenfalls ein Versiegen derselben nicht verhindern können. Der inmitten des Dorfes gelegene Gemeindebrunnen, der früher als unerschöpflich galt, führt zwar noch Wasser, aber auch hier beginnen sich Mängel einzustellen. Offenbar hängen diese Wasserverluste mit den Grubenanlagen in der Nähe in Verbindung, indem hierdurch die unterirdischen Wasserzuflüsse abgeschnitten werden. Es ist daher dringend erforderlich, bei dem stetigen Vorwärtsschreiten der Grubenanlagen nach Osten, diese Wasserkalamität rechtzeitig zu beseitigen und dafür Sorge zu tragen, daß der Ort nicht eines schönen Tages ohne gutes Trinkwasser ist. Leider ist aber bis jetzt trotz der Beschwerden der betroffenen Haushaltungsvorstände noch nichts Genügendes geschaffen, obwohl schon länger Wassermessungen in Brunnenanlagen behördlicherseits vorgenommen werden, was darauf schließen läßt, daß endlich einmal ernstlich eine tatsächliche Abhilfe vorbereitet wird.

§ **Dürrenberg**, 26. Okt. Festgenommen wurde in Hof (Bayern) dieser Tage der wegen Diebstahl und Unterschlagung verfolgte frühere Kutscher des San.-Rats Dr. Seyerlen hier, namens Martensen. Die gestohlenen Sachen hatte derselbe an den früher hier wohnenden Altwarenhändler A. verkauft, wo sie zum Teil wieder zurückerlangt werden konnten. — Einen Zusammenstoß mit Rübendieben hatte in einer Nacht voriger Woche gegen 10 Uhr abends ein Landwirt der Umgebung, wobei es zu Tätlichkeiten kam und der Landwirt anscheinend schwere Verletzungen erhielt. Wie wir hören, ist die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben und dürfte ein gerichtliches Nachspiel zur Folge haben.

§ **Schafstädt**, 27. Okt. Am Montag den 25. Oktober konnte die Firma Eisenwerk Schafstädt, Friedrich Schimpff & Söhne, A.-G., auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Zugleich begeht ihr Mitbegründer, Direktor Wilhelm Schimpff, das Jubiläum einer 40jährigen ununterbrochenen Tätigkeit als Inhaber und später als Vorstand und alleiniger Leiter des Unternehmens. Durch seine vielseitigen Kenntnisse wie durch seinen unermüdlichen Fleiß und seine Hingabe hat das Werk ihm sein Aufblühen sowie den heutigen Ruf zu verdanken und ist Direktor Schimpff in der Geschäftswelt infolge seiner Erfahrungen und bewährten Arbeit sehr geschätzt, andererseits aber auch in den Kreisen seiner Angestellten und Arbeiter durch seinen vorbildlichen Fleiß, wie auch besonders durch sein tiefes Verständnis in sozialen Fragen und immer bewiesener Hilfsbereitschaft

§ **Schkeuditz**, 26. Okt. Das „Schk. Tgbl." schreibt: Die Stadtverordneten werden sich in ihrer geschlossenen Sitzung am Donnerstag abend mit einer Vorlage beschäftigen, die eine Pensionierungsgesuch des Bürgermeisters Schmidt zum 1. Januar 1921 betrifft. Das Rücktrittsgesuch kommt außerordentlich überraschend und ist nur zu bedauern, daß unser Stadtoberhaupt aus dem Amte scheiden will zu einer Zeit, wo sich die Stadt auf allen Gebieten, besonders auf dem finanziellen, in äußerst schwieriger Lage befindet und daher umsomehr einer mit den Verhältnissen vertrauten Führung bedarf. Wohl ist Bürgermeister Schmidt viel zu verdanken und seinem Weitblick sind großzügige Unternehmen, wie eigenes Wasser- und Elektrizitätswerk, Außenbahn und Rathausneubau zuzuschreiben. Sie brachten aber der Gemeinde auch erhebliche Verpflichtungen, die durch die Kriegsjahre mit ihren Lasten beträchtlich erhöht wurden und nun eines besonnenen Ausgleichs bedürfen, zu dem nur ein mit den Verhältnissen Vertrauter Weg und Ziele finden kann. Aus diesen Gründen wäre der Weggang des Bürgermeisters Schmidt, welcher seit 1. April 1906 die Geschäfte unserer Stadt führt und 1918 für eine weitere 12jährige Amtszeit wiedergewählt wurde, aufs tiefste zu beklagen.

Wetterwarte.

V. W. am 28. 10. (Donnerstag): Teils heiter, teils wolkig oder trüb, ohne erhebliche Niederschläge, tags ziemlich mild, teilweise Nachtfrost, — 29. 10. (Freitag): Wechselnd bewölkt, vielfach neblig, tags ziemlich mild, strichweise geringe Niederschläge.

Mücheln und Umgegend.

⁑ **Querfurt**, 26. Okt. Der Kreisverein Querfurt der Deutsch-demokratischen Partei hält am Freitag den 29. dieses Monats, vormittags 11 Uhr, seinen diesjährigen Kreisparteitag im Gasthof „Zur Sonne" ab. Den Bericht über die politische Lage erstattet der frühere Reichsjustizminister Dr. Blunk. Das Referat über die Siedlungsfragen hält voraussichtlich ein Vertreter des Kulturamtes. Die Vertrauensmänner und die Vorsitzenden der Ortsvereine werden nochmals gebeten, pünktlich zu dieser Tagung zu erscheinen. — Am Abend vorher findet eine öffentliche Versammlung in Querfurt statt, in welcher der frühere Reichsjustizminister Dr. Blunk über „Die politische Lage" sprechen wird.

⁑ **Querfurt**, 26. Okt. In der Nacht zum Sonntag versuchte ein Einbrecher in die Zigarrenbude von Serke am Bahnhof einzubrechen. Der Dieb hatte aber im Vorgefühl seiner großen Beute scheinbar nicht den Mund halten können. Sein Plan war verraten. Man legte sich auf die Lauer und faßte den Einbrecher während der Arbeit ab. Es ist dies seit kurzer Zeit bereits der zweite Diebstahl, der an derselben Stelle versucht wird.

⁑ **Freyburg**, 27. Okt. Dieser Tage war Freyburg der Schauplatz von Filmaufnahmen einer Leipziger Gesellschaft. Das Werk, in welchem mehrere Freyburger Einwohner darstellerisch beschäftigt sind, wird „Leibeigenschaft" heißen. Den Hintergrund verschiedener Bilder werden hiesige Weinberge abgeben.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ Eine groteske Schiebergeschichte beschäftigte, wie uns aus Halle geschrieben wird, das dortige Schöffengericht. Eines Tages meldete sich auf dem Polizeiamt ein Herr und erklärte, er könne die Polizei auf die Spur einer Zuckerschiebung, bei der es sich um hundert Zentner handele, führen. Ein Oberwachtmeister wandelte sich schleunigst in einen Handelsmann Blume um und ließ sich mit den vier in Betracht kommenden Schiebern, einem Reisenden, einem Russen, einem Drogenlehrling und einem Schlosserlehrling, bekannt machen. Wie sich ergab, war der Besitzer jener hundert Zentner Zucker der Schlosserlehrling. Von ihm kaufte der Russe namens Eugen Barschili aus Moskau, der als Zahntechniker in Halle wirkte, zugleich Vertreter einer Magdeburger Maschinenfabrik war und für Salvarsan und Kokain sowie Silbergeld in den Gesprächen besonderes Interesse zeigte, den Zucker, ohne die Ware zu sehen, durch schriftlichen Vertrag und veräußerte sie nun wieder in der gleichen Weise an den Kriminalbeamten alias Handelsmann Blume, und zwar für 105 000 ℳ. Bei einem Spediteur in der Forsterstraße sollte der Zucker lagern. Der falsche Blume besorgte nun einen Doppelspänner, für den ein verkleideter Polizeiwachtmeister den Knecht machte. Zu einer verabredeten Zeit fand sich die Schiebergesellschaft gleichzeitig mit dem Wagen vor jenem Grundstück in der Forsterstraße ein; in diesem Moment griff die im Versteck liegende Polizei zu und verhaftete die ganze Bande, darunter zum Schein auch den „Handelsmann Blume". Man durchforschte jetzt das Grundstück, aber nirgends fand sich in den Speichern auch nur ein Lot Zucker. Die Sache blieb dunkel. Selbst vor Gericht konnte sie nicht aufgeklärt werden. Der Hauptgalgenstrick, der Schlosserlehrling, behauptete, der Zucker sei ihm von zwei jungen Burschen auf der Straße angeboten, er kenne die beiden Herren aber nicht, da ja Schieber niemals ihren Namen nennen. Das Gericht sprach den Schlosserlehrling und den Reisenden frei, verurteilte aber den Russen zu einem Monat Gefängnis und 1000 ℳ Geldstrafe und den Drogenlehrling zu zwei Wochen Gefängnis und 500 ℳ Geldstrafe. Die Polizei jedoch quält sich noch immer mit der Frage: Lagern irgendwo die 100 Zentner Zucker oder verdanken sie nur der Phantasie des verschmitzten Schlosserlehrlings ihre Entstehung?
B—n.

Handel — Verkehr — Industrie.

Vom Devisenmarkt.

Der Markkurs notierte am Dienstag in Zürich 9,15 Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,15 Centimes gestiegen.

Vermischte Nachrichten.

Schloßeinbrüche in der Provinz Pommern.

Eine wahre Landplage bilden seit geraumer Zeit Silberdiebe, die Schlösser und Landgüter in der Provinz auf das schwerste heimsuchen. Sie hausten früher besonders in der Provinz Brandenburg und in Mecklenburg. Neuerdings grasen sie planmäßig die Provinz Pommern ab. Erst kürzlich brachen zwei Diebe in das Schloß Bresow bei Kamin ein und entkamen mit einer Beute von 100 000 ℳ. Neuerdings wurde wieder eingebrochen in das Schloß Ruhnow bei Frau von Doetinchem. Hier stahlen die Diebe Silberzeug aller Art, alles Sachen, die das Doetinchem-Wappen tragen. Die Verbrecher untersuchten, bevor sie das Schloß verließen, das Silberzeug sachgemäß auf seine Echtheit. Alles Unechte ließen sie liegen. Weiter wurde eingebrochen bei Herrn von Fleming auf Basentin und bei Frau von Wedel auf Kanneberg im Kreise Naugard. Hier stahlen sie das ganze Tafelsilber für 24 Personen. Die Sachen befanden sich in zwei Kisten. In Vorpommern suchten sie im Bezirk Anklam ein Schloß heim, in dem sie für 90 000 ℳ Silber stahlen. Hier kommt als Täter ein Monteur Venz aus Anklam in Frage. In anderen Fällen hat man verdächtige Leute beobachtet, die Kleidung trugen, die aus feldgrauen Uniformen umgearbeitet waren. Das überall gestohlene Silberzeug hat für die bestohlenen Familien, abgesehen vom Metallwert, einen außerordentlich hohen Erinnerungswert.

Eisenbahnunglück bei Zehlendorf.

Gestern vormittag gegen 9½ Uhr fuhr auf der Strecke Berlin-Potsdam in der Nähe des Bahnhofes Zehlendorf-Mitte ein Arbeitszug, bestehend aus einer Lokomotive und einem Wagen, auf einen auf der Strecke haltenden Vorortzug auf. Die beiden letzten Wagen des Vorortszuges wurden durch den Anprall aus den Schienen gehoben und zertrümmert. Hierbei wurden drei Personen (Fahrgäste des Vorortzuges) getötet, mehrere Fahrgäste erheblich verletzt. Bisher wurde außer einer Reihe Leichtverletzter auch ein Schwerverletzter aus den Trümmern geborgen. Unter den Toten befindet sich ein Ehepaar aus Düsseldorf. Der dritte Tote ist ein Schlächtermeister aus Berlin.

Sprengstoffanschlag in Elberfeld.

Köln, 27. Okt. (Eig. Meld.) Einer Blättermeldung aus Elberfeld zufolge wurde dort in der Nacht zum Sonntag abermals ein Sprengstoffanschlag, der fünfte innerhalb kurzer Zeit, verübt. Diesmal brachten die Täter den Sprengkörper in dem Eingang zur alten Lutherischen Kirche am Kolk zur Explosion. An beiden Seiten des Eingangs wurde das Mauerwerk beschädigt. Auch gingen in den der Kirche gegenüber liegenden Häusern zahlreiche Fensterscheiben in Trümmer. Die Täter entkamen wiederum ungesehen.

Schwerer Eisenbahnzusammenstoß in Siebenbürgen.

Berlin, 27. Okt. Wie die „Morgenpost" aus Bugapest meldet, sind bei Lupani in Siebenbürgen zwei Züge zusammengestoßen. Bisher konnten 50 Tote und 200 Verletzte geborgen werden.

*

* **Einbrüche in Berlin.** Das Atelier des bekannten Berliner Malers Professor Hugo Vogel wurde von Einbrechern heimgesucht und eine Anzahl wertvoller Bilder und Kunstgegenstände gestohlen. — In einem Berliner Hotel wurde die frühere Königin von Württemberg bestohlen. Eine Anzahl Wertsachen und ein großer Geldbetrag fiel den Dieben in die Hände.

* **Schwarzwälder Notgeld.** Durch den allgemeinen Mangel an Kleingeld hat sich die Stadtgemeinde St. Blasien im Schwarzwald gleich anderen Orten veranlaßt gesehen, diesen Sommer 50 Pfennig-Gutscheine herauszugeben. Die Scheine zeigen auf der Vorderseite prächtige Wasserfallmotive aus den Waldanlagen St. Blasiens und rückwärts den im tiefen Hochwaldtal gelegenen Kurort selbst.

* **Einer Protestkundgebung** des Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche entnehmen wir nachstehende Feststellung: „Wie überhaupt die behördlichen Stellen arbeiten, erhellt daraus, daß sich der Lebensmittelverband seinerzeit mit minderwertigen Hülsenfrüchten überkauft hatte. Diese unverkäufliche Ware erfordert beispielsweise monatlich weit über eine Million Mark an Zinsen und Lagerkosten. Man beabsichtigt, die Hülsenfrüchte gegen — Kakao umzutauschen! Wird man den Dummen finden? Neue Verluste vieler Millionen stehen der hartgeprüften Stadt Berlin bevor!"

* **Eine Millionen-Spritschiebung.** Nach der B. Z. sind an der großen Spiritusschiebung, die von Holland aus versucht wurde und wegen der der Rechtsanwalt Kallenbach sich vor einigen Tagen im Berliner Untersuchungsgefängnis erhängt hatte, rund zwei Dutzend Personen beteiligt. Es sollten Spiritusmengen im Werte von 25 Millionen eingeschmuggelt werden. Die gesamte Schiffsladung wurde in Köln beschlagnahmt. Dabei wurden vier Personen, der Berliner Rechtsanwalt Kallenbach, ein früherer Kapitän Meier, der Kaufmann Last und ein Angestellter der Branntwein-Monopolverwaltung Dittmann verhaftet. Dittmann sollte, wenn er die notwendigen Papiere beibrächte, eine Mark Provision für das Liter, insgesamt 320 000 ℳ, erhalten. Da er aber die Papiere nicht beschaffen konnte, vermittelte er wenigstens die Briefbogen und Umschläge des Monopolamtes, die zur Beförderung der notwendigen Briefe verwendet wurden. Der Kölner Untersuchungsrichter befindet sich in Berlin. In Trier ist die Beschlagnahme eines Lagers von geschobenem Spiritus gelungen. Der Agent von der Heyde und die Apothekerfrau Akampo aus Luxemburg wurden dabei verhaftet, als Heyde den mit der Beschlagnahme beauftragten Beamten, die als Käufer auftraten, das heimliche Lager zeigte.

* **Ein Abenteuer auf der Ostbahn** erlebte dieser Tage eine junge Dame während der Fahrt zwischen Küstrin und Landsberg. Auf der Station Tamsel stiegen die im Abteil befindlichen Fahrgäste aus bis auf einen Mann, der auf der anderen Seite saß. Als sich der Zug wieder in voller Fahrt befand, erhob sich der Fremde plötzlich, schritt auf die Dame zu, ergriff ihren Koffer und ging langsam rückwärts, der Bestohlenen scharf in die Augen sehend. In ihrer Aufregung wußte sie sich nicht anders zu helfen, als einen Apfel, den sie zufällig in der Hand hielt, gegen den Kopf des Eisenbahnräubers zu werfen. Der Apfel traf das Auge. Der Fremde ließ erschreckt den Koffer fallen. Gleich darauf hielt der Zug in Klein-Cammin. Hier flüchtete der Fremde aus dem Abteil hinaus, um über die Felder zu fliehen. Der Täter entkam leider unerkannt.

* **Schiebungen nach der Tschecho-Slowakei.** Dieser Tage sind auf dem oberen Bahnhof in Plauen i. V. wiederum zehn mit zerschlagenen Geschützteilen von Panzerwagen usw. beladene Wagen angehalten worden, die wie die Ende September beschlagnahmte Sendung für eine große Eisengießerei in der Tschecho-Slowakei bestimmt war. Die Sendung kam von Wiederitzsch bei Leipzig von derselben Firma wie die erste.

* **Ein deutscher Gelehrter verhungert.** Wien, 27. Okt. Hier starb dieser Tage einer der bedeutendsten Vertreter der theoretischen Meteorologie Dr. Max Marguls, der bahnbrechende Theorien über Sturm, Gewitter und Höhen aufgestellt hat, im 61. Lebensjahre an Hungerödem. Viele Jahre lang bei der Wiener meteorologischen Zentralanstalt tätig, ging er bei Kriegsausbruch in Pension und verweigerte, trotzdem diese nur 429 Kronen betrug, jede fremde Hilfe.

* **Großfeuer in New-York.** New-York, 27. Okt. Ein schrecklicher Brand wütete im Theaterviertel von New-York. Im Wintergarten auf dem Broadway und in der 50. Straße wurde schwerer Schaden angerichtet, der über eine Million Dollar beträgt.

*

Aluminiumtöpfe

leisten jahrelang unverändert gute Dienste, wenn sie vor Stoß oder Fall bewahrt werden und Sodawasser niemals mit ihnen in Berührung gebracht wird, da es das Metall auflöst. Man muß es daher besonders sorgsam vor Einbrennen der Speisen bewahren. Dunklen Ansatz im Innern beseitigt man durch Auskochen mit Essigwasser oder Bereiten von Obst- oder Gemüsespeisen darin. Das Äußere erhält man tadellos bei mattblanken Töpfen durch Scheuern mit gesiebter Brikettasche und Seife, oder Zinnsand und bei hochglänzenden Töpfen durch Abseifen mit wollenem Lappen und feiner Schlämmkreide und Nachpolieren mit Putzleder und Pariser Rot.

*

Der Sturz.

Der allgemeine Preisabbau nimmt rasenden Fortgang. Ein Paar Unterhosen, das bisher 65,— ℳ kostete, stürzte auf 64,75 — 64,50 — 64,25, ja auf 64,— ℳ herab. Man hofft in Käuferkreisen, daß es im Laufe der Zeit noch auf 63,90 ℳ sinken wird.

Familien-Drucksachen
aller Art
liefert in geschmackvoller Ausführung
Buchdruckerei Th. Rößner.

Auslandsspeckverkauf

erfolgt am Dienstag den 2. November d. Js. in den bisher zugelassenen Fleischverkaufsstellen. Auf den Kopf der Bevölkerung werden 250 Gr. verabfolgt zum Preise von 6 ℳ.

Die Ausgabe erfolgt auf Bezugsschein Nr. 2 des Lebensmittelheftes. Bezugsschein Nr. 1 wird mit 100 Gr. noch nachbeliefert. Abgabe der Bezugsscheine bis Sonnabend den 30. Oktober in den Fleischverkaufsstellen.

Die gesammelten Bezugsscheine sind mit Forderungsnachweis von den Verkaufsstellen am Montag den 1. November, vorm. zwischen 8—9 Uhr, im Fleischbeschauamt abzugeben.

Merseburg, den 25. Oktober 1920. Tgb. L. A. I. 1055/20.

Der Magistrat.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner, für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt, für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 38.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201027-18/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern.

Verlobt.

Förster Karl Jender, Sagan, mit Linda Ebert, Halle.

Vermählt.

Bruno Siegert mit Frau Frieda geb. Hirschfeld, Halle.

Gestorben.

Halle: Tischler Wilh. Brandt (60 J.); Schneidermeister Arthur Langer (46 J.); Frau Marie Stittrich (61 J.); Frau Witwe Keck verw. Koppe geb. Mitching (88 J.); Frau Pastor Auguste Gerh geb. Boges.

Weißenfels: Frau Alwine Habekus geb. Eckardt (68 J.); Landwirt Traugott Buschmann, Bassenhain, (64 J.); Frau Joh. Kloß geb. Hartung, Uichteritz, (77 J.); Kaufmann Wolfgang Grießhammer (18 J.)

Beamter sucht für 1. Dez. **ein bis zwei möblierte Zimmer,** eventl. mit Pension, in ruhigem Hause zu mieten. Ang. unter „2534 an die Exp. d. Bl. erb.

Junges Ehepaar sucht ein **möbl. Zimmer** wenn möglichst mit Kochgelegenheit. Ang. unter „2535" an die Exp. d. Bl.

Junger, anständiger Mann sucht möglichst bald **möbliertes Zimmer.** Ang. u. 2519 an die Exp. d. Bl.

Einfach möbl. Zimmer für sofort gesucht. Angeb. unt. 2533 an die Exped. d. Bl.

Junger, anstand. Mann sucht **Schlafstelle od. möbl. Zimmer** zu mieten. Angebote unt. 2531 an die Exped. d. Bl.

Ruhiger Mann sucht **Schlafstelle od. möbl. Zimmer** sofort oder später. Angeb. an L. Ulrich, Teichstr. 25.

Schlafstelle oder möbl. Zimmer zu mieten gesucht. Offerten erb. an Zieger, Breite Straße 7.

Achtung!

Zwei Herren suchen gute **Schlafstelle.** Werte Briefe unter 2532 an die Exped. d. Bl.

Tausche mein freundl. **möbl. Zimmer** geg. 1 desgl. od. leer im Parterre in gut. Geschäftslage. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Darlehen u. Hyp. in jeder Höhe werden vermittelt Hackelnr. 9, 1 Tr. Keine Prüfungskosten bei Ablehnung.

Ein Sofa zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Junge Hühner zu kaufen gesucht. Ang. unter „2530" an die Exp. d. Bl.

Tel. 383. Tel. 383.

Pferde zum Schlachten sowie Notschlachten kauft stets Roßschlächterei **Möbius,** Inh.: **Georg Trautmann,** Merseburg, Tiefer Keller Nr. 1. Inhaber der Erlaubniskarte zum Ankauf von Schlachtpferden.

Fast neuer Anzug, für schlanke Figur, zu verkaufen Gotthardstr. 13, 2 Tr. rechts.

Stoff zu 2 Anzügen (grün u. braun) preiswert zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp.

Damen-Pelzmantel schwarz, Prs. 4500 M. verkauft Schmidt, Rosenthal 8. Anzul. v. 10—12 u. 2—4.

Dunkelbl. Tuchrock, für jung. Mädchen, zu verkaufen. Zu erfragen Bahnhofsbuchhdl.

1 guterhaltener Ulster (selbarau) **und 1 Paar derbe Schnürschuhe,** hochschäftig, preiswert zu verk. Lindenstraße 8, 2 Tr.

Mais-Kleberfutter

sehr protein- und fettreich, bester Ersatz für Gerstenschrot zum Füttern an Schweine, Ziegen und Rindvieh gibt in größeren Posten und sackweise ab

Fell. Meuschauer Mühle.

Für fremde, aus den berühmten v. Kamekeschen Züchtungen stammenden **sehr ertragreichen**

Saatkartoffeln

(wie Deodara, Parnassia, Hindenburg) nehme sofort Bestellungen entgegen. Proben können bei mir angesehen werden. Verladung kann unverzüglich bei offenem Wetter erfolgen.

H. Burde, Amtshäuser 12. Telephon 461.

Bekanntmachung!

Die Finanzkasse

ist an

jedem letzten Werktage eines Monats

wegen Revision und Abschluß

geschlossen.

Ich ersuche die Magistrate, Gemeinde- und Gutsvorsteher, dies in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Merseburg, den 26. Oktober 1920.

Finanzamt.

Ein getragener, gut erhaltener **Ueberzieher** passend für einen älteren Herrn, große Figur, zu verkaufen Lauchstedt, Strohhof 106.

Ein neuer Ueberzieher zu verkaufen Neumarkt 63, pt.

Wenig gebr. Baby-Hemd u. Söckchen, beste Qualit., sowie Achselschl.-Hemdchen Nr. 1 zu verkaufen Roter Feldweg 8, 1 Tr., r.

Eine Rübenschneidemaschine zu verkaufen. Paul Wiebe, Obere Burgstr. 1.

Wenig gebrauchte Ofenrohre zu verk. Weiße Mauer 21, 1 Tr.

Ata

reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, — Glas, Stein, Marmor usw. —

Bestes Scheuerpulver

für Haushalt, Gewerbe u. Industrie.

Vorzüglicher Herdputz.

Ueberall erhältlich.

Henkel & Cie., Düsseldorf.

Fabrikanten von „Sil" u. Henkel's Bleich-Soda.

Ein Posten zum gemästeter

Futter-Schweine

steht zum Verkauf Amtshäuser 12.

Einige gebrauchte, gut hergerichtete

Herrenfahrräder

zu verkaufen

Max Schneider, Schmale Str. 14. Fernspr. 479.

Wachstuch-Stoffe billiger!

auf Leinen u. Barchent. Neueste Muster!

Hans Käther

Ecke Kl. Ritterstr.

Deckkarten

können bei: Bassenge, Johannisstraße 10, Rosenfeld, Triebelstraße 7, abgeholt werden. Der Vorstand.

Abonnenten- und Inseratensammler

von bestseingeführter Frauen-Zeitung (Wochenschrift) gegen hohe Provision per sofort für dauernd gesucht. Off. u. H. E. 2873 an Ala-Haasenstein & Vogler, Halle a. S.

Tüchtige Zigaretten-Reisende

für Stadt u. Land gegen hohe Provision sofort gesucht Ernst Kaden, Köthschenbroda b. Dresden, Meißnerstr. 26.

14—15jährigen

Arbeitsburschen

stellt sofort ein Peitschenfabrik Hallesche Straße.

Kontorbote

von einem hiesigen größeren Geschäft gesucht. Angebote — auch von Kriegsbeschädigten, die sich für den Posten eignen — erbeten unter 2537 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zuverl. sauberes Mädchen für den Vormittag zum 1. Nov. gesucht Clobikauer Str. 8, 1.

Zuverläss. Mädchen für kleinen Haushalt bald gesucht. Fr. Eckardt, Ober-Altenba. 12, I.

Heiteres, erfahrenes Mädchen, welches schon in Stellung war, für sofort gesucht. Zu melden zwischen 11 u. 4 Uhr bei Frau Ingenieur Rauchbach, Oberbeuna bei Merseburg.

Kinder-Boa verloren

Haltestelle Leuna-Tor. Belohn. Lebensmittel, Wsa. Göttitzsch 21

Portemonnaie (Inh. ca. 35 Mk., Butter- u. Brotkart.) v. Preußer-Gotthardts- b. Teichstr. verl. Bel. inlieg. Geldbetrag. Abzugeben G. Merkel, Rot. Brückenrain 11.

Portemonnaie mit Patentschlüssel und ungefähr 13 Mk. von der Elektrischen bis über den Damm verloren. Abzugeben Vormerk 24, pt. 1.

Achtung. Achtung.

Herren u. Damen ersparen viel Geld

wenn sie ihre alten unmodernen

Hüte in neueste Formen umpressen lassen.

Billigste Preise. Schnellste Lieferung.

Annahmestelle Frau Mollnau, Obere Breite Straße 12.

Grammophon-Schallplatten

neueste Stücke wieder vorrätig bei

Max Schneider, Schmale Str. 14. Telephon 479.

Hausfrauen! Euer Beruf wird jetzt ein Vergnügen und könnt Euch schonen, weil?

Junggesellen Ihr braucht nicht mehr extra zu heiraten! Für Euch übernimmt?

Die

Merseburger Groß-Dampfwäscherei und Reinigungs-Anstalt

Telephon 179 **Weißenfelser Strasse 2** Telephon 179

Erstklassiges Unternehmen, mit den neuesten technischen Einrichtungen und Maschinen ausgestattet, eigene Kraft- und Lichtzentrale sowie Wasserversorgung und Trockenanlagen übernimmt

Reinigung sämtlicher Wäsche u. Kleidungsstücke!

Gardinenspannerei!

Spezialität: Feine Damen- und Herren-Stärkewäsche wie neu! wie neu!

Für sauberste Ausführung und prompte Lieferung übernehmen wir Garantie. Durch die vorzügliche Einrichtung sowie den den Merseburgern schon bekannten Fachmann Waschmeister Otto Hesse wird unbedingte **Schonung der Wäsche** zugesichert. Fertigstellung der Wäsche zu jeder Tageszeit. Auf Wunsch freie Abholung u. Zusendung. Postkarte genügt oder Fernruf 179.

Neben-Annahmestellen: Julius Trommer, Unter-Altenburg 13; Frau Emilie Kops, Neumarkt 40; Gasthof Tänzer, Rössen.

Merseburger Groß-Dampfwäscherei und Reinigungs-Anstalt

P. Rößner.

Damen! können sich jetzt ohne Mühe nett und sauber kleiden durch?

Hotels und Restaurants! Das Personal könnt Ihr jetzt eher halten da?

Donnerstag, 28. u. Freitag, 29. Oktober im Tivoli

Varietee und Boxkämpfe.

Saal geheizt.

I. Platz num. 4.80 M., II. Platz num. 3,60 M., III. Platz 2,40 M., im Vorverkauf 5% billiger im Zigarrenhaus Fuchs, Merseburg.

Kümmel im ganzen und einzeln gibt ab Kriegsdorf Nr. 6.

Große Auswahl **Kürbisse** zu verkaufen E. Stuppin, Breite Str. 7.

Hausbesitzer!

Meldet Euren Beitritt zum **Hausbesitzer-Verein** beim Bäckermeister Freiberger, Markt, an.

Eine sehr gut erhaltene **Scheibenbüchse** mit Zubehör steht sehr billig zum Verkauf. Wo? sagt d. Exp. d. Bl.

Futterrüben gibt ab Meuschau Nr. 30.

Jugf. Arbeitspferd mit Tafelwagen steht zum Verkauf. Gustav Müller, Delgrube 3.

Ferkel zu verkaufen Trebnitz Nr. 23.

Ausgekämmtes Damen-Haar

kauft laufend jeden Posten zu höchsten Preisen

Frau Jrmisch, Johannisstr. 16.

Schuhwaren in Filz und Leder empfiehlt Otto Riedel, Schmale Str. 18. Reparaturen sofort!

Lebensmittel-Halle Obere Breite Straße 12 empfiehlt täglich prima hausschl. Wurstwaren, neue Gemüse-Konserven. Schwarzer und weißer Pfeffer wieder eingetroffen. Bernhard Mollnau.

Geldschränke, Kassetten, Mauerschränke sof. lieff. Preisl. uml. S. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Einen fast neuen Militär-Wagen verkauft billig Neumarkt 32.

Ziege zur Zucht verkauft Rössen Nr. 15.

Zwei indische Laufenten (Legenten) zu verkaufen Christianenstr. 5, 1 Tr. rechts.

4 fette Gänse, ohne Federn, verkauft Müller, Ober-Beuna, Kol. 10 c.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201027-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 243. Mittwoch den 27. Oktober 1920. 47. Jahrg.

Deutschland und die Entente.

Die Vernichtung der Dieselmotoren.

Aus Paris wird gemeldet: Der Generaldirektor der Augsburg-Nürnberger Maschinenfabrik, Guggenheimer, erklärte dem Pariser Berichterstatter des „Matin", daß die Forderungen der Entente zur Ablieferung der Dieselmotoren dem Artikel 189 des Vertrages von Versailles durchaus widersprechen. Allerdings habe man versucht, den Artikel 192 zur Anwendung zu bringen, aber kein Mensch, der guten Glaubens sei, könne die Dieselmotoren als Kriegsgut bezeichnen. Guggenheimer hob hervor, daß französische Industrielle mit den Deutschen über die Auslegung des Artikels 189 übereinstimmen. Noch am 8. Oktober haben die Guggenheimerschen Fabriken in Augsburg von einem französischen Hause den Auftrag auf Lieferung einer Anzahl von Dieselmotoren erhalten, welche von den zerstörten Unterseebooten stammen. Der Berichterstatter des „Matin" bedeutete Guggenheimer, daß auch die französische Mission in Berlin einstimmig anerkennt, daß die Forderungen Englands juristisch nicht verteidigt werden können. Guggenheimer hob hervor, daß die Zerstörung der Dieselmotoren Deutschland in die Unmöglichkeit versetze, die Verpflichtung des Versailler Vertrages zu erfüllen. Elektrische Anlagen, Straßenbahnen, Handelsschiffe usw. können nicht funktionieren. Schon viele Jahre vor dem Kriege habe man für derartige Unternehmungen Dieselmotoren angewendet. Die Zerstörung dieser Anlagen, welche viele Hunderte von Millionen kosteten, würde den sofortigen Stillstand zahlreicher deutscher Fabriken zur Folge haben und eine große Anzahl Arbeitsloser würde der bereits vorhandenen Zahl von 500 000 hinzugefügt werden. Die Zerstörung wäre gegen die Interessen Frankreichs. Aber England habe deshalb ein Interesse daran, weil ein bedeutendes englisches Haus, welches schon vor dem Kriege ohne Erfolg die Anfertigung von Dieselmotoren versucht hätte, die Gelegenheit für günstig erachte, um einen unangenehmen Konkurrenten zu beseitigen. Demgegegüber erklärt der Berichterstatter des „Matin", daß es sich bei der englischen Forderung der Zerstörung der Dieselmotoren um ein einfaches Mißverständnis (?) handle. Die öffentliche Meinung Englands, wie ein kürzlich erschienener Artikel in der „Times" erkennen lasse, wende sich gegen die Durchführung einer derartigen Maßnahme. — Die „Humanité" führt die Äußerung eines Ingenieurs Ripert an, der aus Deutschland zurückkam und der sich über die Frage der Dieselmotoren ausgesprochen habe. Die Beseitigung der Dieselmotoren werde für Deutschland den materiellen Zusammenbruch bedeuten. Der Dieselmotor sei der wirtschaftlichste Erzeuger von Kraft. Es handele sich hier um eine große deutsche Erfindung. Nicht nur Deutschland, sondern die gesamte Welt könnte von dieser Erfindung die vollkommene Umgestaltung des Eisenbahnbetriebes erwarten.

Englische Hetze gegen einen Gedankenaustausch mit den Deutschen.

London, 27. Okt. Über den Brief der Oxforder Professoren an die deutschen können sich die „Times" noch immer nicht beruhigen. Sie erklären heute im Leitartikel, daß niemand daran denke, die Ergebnisse deutscher Wissenschaft zu ignorieren, es müsse auch den deutschen Gelehrten freistehen, sich englische Bücher durch die Post zustellen zu lassen, aber ein direkter Gedankenaustausch dürfe nicht stattfinden, da englische Professoren nur mit Leuten verkehren könnten, vor denen sie Achtung haben. Dann wärmt das Blatt noch einmal die abgedroschene Geschichte von dem Manifest der 93 deutschen Intellektuellen auf, das angeblich die Wiederaufnahme persönlicher Beziehungen zu den Professoren ausschließt.

*

Aus dem besetzten Gebiet.

Neue Vorbereitungen zur Ausrufung der rheinischen Republik?

Düsseldorf, 27. Okt. Auf dem niederrheinischen Parteitag der USPD. machte der Vorsitzende Peter Berten aufsehenerregende Mitteilungen über Vorbereitungen zur Ausrufung der rheinischen Republik. Im Industriebezirk werde die Aufstellung einer Armee von 10 000 Mann betrieben, die für die Sache der Dorten-Freunde bestimmt sei. Die Kommunisten hätten an der Sache regen Anteil. Der unabhängige Parteitag sprach sich gegen die Werbearbeit für eine rheinische Republik aus, die eine schwere Gefahr für das Proletariat bedeute.

200 französische Tanks in Oberschlesien.

Dem „Petit Parisien" wird aus Mainz telegraphiert, daß die französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien das notwendige Kriegsmaterial zugeführt erhalten, um jeden Versuch von Unruhen sofort zu ersticken. In Beuthen seien 16 neue Tanks eingetroffen, ebenso seien solche nach anderen Städten Oberschlesiens gebracht worden, so daß die französischen Truppen gegenwärtig über 200 Tanks in Oberschlesien verfügen.

Gegen die Friedensstörer in Oberschlesien.

Beuthen, 27. Okt. Sezessionisten des Hotels Lomnitz, der Bund der Mitarbeiter des oberschlesischen Plebiszitkommissariats, verbreitete heute in ganz Oberschlesien in großen Mengen ein Flugblatt gegen die Friedensstörer um Korfanty. In dem Flugblatt wird mitgeteilt, daß unter Führung eines galizischen Hauptmanns geheime militärische Organisationen im großen Stil vorgenommen werden, um in den allernächsten Wochen einen neuen Bürgerkrieg entfesseln zu können. Weiter heißt es, bei dem diesjährigen Aufstand wurden von dem polnischen Plebiszitkommissariat mehrere Hunderttausend Mark bewilligt, von denen die verführten Oberschlesier, die ihre Haut zum Markte trugen, keinen Pfennig erhalten haben. Die Schlachta steckt das Geld ein und verwendet es zu Gelagen. Das Flugblatt schließt: „Weg mit den Friedensstörern, weg mit Korfanty und seiner Prügelschlachta!"

Neue Nadelstichpolitik im besetzten Gebiet.

Nach einem Befehl des französischen Oberkommandanten dürfen sich in den französisch besetzten linksrheinischen Gebieten zugereisten Deutschen in Garnisonstädten nur 20 Tage aufhalten. Die Franzosen begründen diese neue vexatorische Maßnahme mit der Lebensmittelknappheit und der Wohnungsnot. Tatsächlich herrscht im besetzten Gebiet eine solche Wohnungsnot. Aber wer trägt die Schuld? Doch nur die Franzosen selbst, die für die Besatzungsarmee nicht nur zu dienstlichen, sondern auch zu persönlichen Zwecken unerhörte Anforderungen stellen. Die Offiziere lassen sich ihre Familien, oder wenn sie die nicht haben, ihre Maitressen nachkommen und verlangen einen Wohnungsluxus, den sie zu Hause nicht gekannt haben. Nachdem auf diese Art künstlich die Wohnungsnot herbeigeführt worden ist, benutzt man sie als Vorwand, um den Verkehr mit dem Mutterlande möglichst zu erschweren.

Provinz und Nachbarländer.

† Gotha, 26. Okt. Eine Spielhöhle mit umfangreichem Geschäftsbetriebe wurde auf Anweisung der hiesigen Staatsanwaltschaft in Friedrichroda ausgehoben. Vor mehreren Monaten wurde dort unter der Firma eines Sportklubs eine Vereinigung von inaktiven Offizieren gebildet, welche zunächst in einer Villa, dann im Hotel „Herzog Alfred" bis zum frühen Morgen dem Glücksspiel oblag. Einheimische und Gothaer wurden nicht zugelassen, die „Geschäftsfreunde" stammten durchweg aus auswärtigen Großstädten, vor allem aus Berlin. Zu den Berliner Schnellzügen hielten am Hauptbahnhof Gotha Luxusautomobile, welche die Spiellustigen schnell nach Friedrichroda brachten. Es wird erzählt, daß einige Russen derart gerupft wurden, daß sie nur eben noch das Fahrgeld nach Berlin übrig behielten, wo sie von der russischen Gesandtschaft unterstützt wurden, und eine Berliner Dame soll noch nicht einmal das Geld für ein Telegramm nach der Heimat erübrigt haben.

*

Um die Linienführung des Mittellandkanals.

Das Ergebnis der Tagung in Wernigerode, wo unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers über die Linienführung des Mittellandkanals Ende der vorigen Woche beraten wurde, gipfelt in dem kurzen, aber nicht minder schwerwiegenden Satze, daß die Lösung der strittigen Frage nunmehr in die Hände des Reiches übergegangen ist. Wie schon früher gesagt, begegnen sich die verschiedenen Meinungen, ob die Südlinie gebaut werden solle oder die Mittellinie mit Anschlußkanal nach Bernburg, in zwei ziemlich scharf begrenzten Lagern. Auf der einen Seite steht Preußen, das an der Mittellinie festhält und immer wieder betont, daß es durch das Angebot des Anschlußkanals nach Bernburg die Grenzen seines Entgegenkommens erreicht habe und nunmehr auch von den anderen Beteiligten verlange, daß sie ebenfalls Zugeständnisse machen sollen. Auf der anderen Seite gruppieren sich die kleinen Staaten, die Anlieger der Südlinie sind und sich von ihr erheblich mehr versprechen. Von wesentlicher Bedeutung ist in diesem Kampf naturgemäß die Haltung des Freistaates Sachsen, der bisher für die Südlinie eingetreten ist, also in dem Lager steht, wo man eine andere Ansicht, als in Preußen, vertritt.

Für das Reich erwächst nun aus dem Umstande, daß man nach Abschluß der Wernigeroder Tagung die Weiterführung der Geschäfte in seine Hände legt, die außerordentlich schwierige Aufgabe, den ehrlichen Makler zu spielen und die widerstrebenden Ansichten unter einen Hut zu bringen. Gelingt das nicht, womit leider gerechnet werden muß, dann bleibt nichts weiter übrig, als daß das Reich als Schiedsrichter die endgültige Entscheidung fällt. Dieser Spruch von größter wirtschaftlicher Bedeutung drängt auf eine baldige Entscheidung hin, denn eine Verzögerung des Projektes könnte seinen Tod bedeuten. Das aber würde gleichzuachten sein mit der Zertrümmerung eines Planes, an den sich weitgehende Hoffnungen verschiedenster Art knüpfen und der mit als Baustein gedacht ist zu unserem allmählichen Wiederaufbau.

Merseburg und Umgegend.

27. Oktober.

(Weitere Nachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Fuhrwerke und Fahrräder beleuchten!** Mit dem Eintritt früherer Dunkelheit wird darauf hingewiesen, daß Fuhrwerke und Fahrräder während der Dunkelheit beleuchtet sein müssen. Die Annahme, die hierauf bezüglichen Verordnungen seien aufgehoben, ist eine irrige. Die Verordnungen sind während des Krieges lediglich aus Rücksicht auf die Knappheit der Beleuchtungsmitel milde gehandhabt, aber nicht aufgehoben worden. Da gegenwärtig Beleuchtungsmittel dem freien Handel übergeben sind, liegt es im Interesse der öffentlichen Sicherheit, Fuhrwerke und Fahrräder während der Dunkelheit vorschriftsmäßig zu beleuchten, andernfalls die Führer sich strafbar machen und auch für den angerichteten Schaden zu haften haben.

** **Weihnachtsfreude und Zensurenschreck.** Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Um mehrfach geäußerten Wünschen aus beteiligten Kreisen Rechnung zu tragen, gestattet der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung künftig, daß die zu Weihnachten üblichen Zeugnisse an den höheren Lehranstalten und Mittelschulen überall da, wo Lehrkörper und Elternbeiräte einen solchen Beschluß fassen, bereits am 1. Dezember ausgefertigt und den Schülern ausgehändigt werden können. Die Provinzialschulkollegien und Regierungen sollen berichten, ob in ihrem Amtsbereich das Bedürfnis, die Weihnachtszeugnisse für die Zukunft ganz auszuschalten, vorliegt. Die Lehrkörper und der Elternbeirat an den einzelnen Anstalten sind dabei gutachtlich zu hören. Der Minister erwartet Berichte bis zum 1. März 1921.

*

Die hiesige Ortsgruppe des Bundes Deutscher Bodenreformer hielt am Montag den 25. Oktober ihre Gruppenversammlung im „Herzog Christian" ab. An Stelle des schwer erkrankten Berichterstatters berichtete der Vorsitzende über den 25. Bundestag der Deutschen Bodenreformer in Hamburg. Der Bundestag bot eine solche Fülle von Vorträgen über sittlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau, wie sie bisher noch nie auf einer Tagung vereint war. Männer aller Parteirichtungen legten ein begeistertes Zeugnis ab von dem gleichen großen sozialen Grundgedanken. Das ist etwas, was in unserer parteipolitisch so zerklüfteten Zeit keine andere Organisation im deutschen Sprachgebiet zu bieten vermag. Eine besondere Weihe erhielt der Bundestag durch die Versammlung von 300 Bundesvertretern im Sachsenwalde vor der Grabstätte Bismarcks. Am Portal des Mausoleums sprach Dr. Damaschke folgende denkwürdige Worte: „Was der gewaltige Mann, der hier ruht, geleistet hat durch den politischen Aufbau des Reiches — wir wollen es fortsetzen durch die Einigung unseres Volkes im Innern, auf dem Boden einer Wirtschaftsordnung, die persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit organisch vereint!" Und weiter sprach Dr. Damaschke: „Indem wir deutsche Menschen und deutschen Boden wieder organisch vereinen, hoffen wir, daß die Worte Bildung und Arbeit, Vaterland und Freiheit, national und sozial nicht mehr unser Volk trennen, sondern wahrhaft vereinen."

Sodann referierte der Vorsitzende über die neuen Bundessatzungen, deren leitender Gedanke ist: Der Bund Deutscher Bodenreformer tritt dafür ein, daß der Boden, die Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte fördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des Einzelnen erhält, dem Volksganzen nutzbar macht.

Im weiteren Verlaufe des Abends hielt stud. chem. Zeh einen Vortrag über die Zusammenhänge der Bodenreform zum Aufstieg und Niedergang der Völker. Insbesondere zeigte er an der glänzenden Entwickelung und dem Niedergange des alten Rom, wie die Besten des Volkes ihr Leben daran setzten, in dem alten Streit zwischen Patriziern und Plebejern eine bessere Verteilung des Gemeindelandes durchzuführen und damit die Schuldknechtschaft aufzuheben. In der an den äußerst lehrreichen Vortrag anschließenden Aussprache wurde die jetzige Entwickelung Deutschlands mit der Roms verglichen. Der höchste Besitz unter den römischen Optimaten durfte nur 1000 Morgen Land sein, um mit den vorhandenen Arbeitssklaven noch eine rationelle Bewirtschaftung erzielen zu können. Unsere ostelbischen Großagrarier haben das 30 fache und mehr in ihren Besitz gebracht und viel blühendes Bauernland durch ihre volks- und kulturfeindlichen Maßnahmen zerstört. Die alten preußischen Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große führten um die notwendigen Bodensteuern lange und harte Kämpfe gegen den Großgrundbesitz, den Landadel und die Junker. Die Bauern mußten stets viel mehr abliefern als der Großgrundbesitz. Auch heute ist dies noch so; jeder Steuereinschätzungskommissar wird hierüber Auskunft geben können. Von 1740 bis 1806 bestand fast die Hälfte der gesamten Staatseinkünfte aus Pachteinnahmen des Staatsbodenbesitzes. Wie das alte Rom, so befindet sich auch Deutschland zurzeit in einem sittlichen Verfall. Gleich Scipio-Africanus setzte sich Hindenburg bei uns für das Heimstättenwesen ein; leider ohne Erfolg. Auch bei uns war es ein Optimaten-Vertreter, nämlich der Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich, der dem Kaiser erklärte, das für Recht Erkannte sei Unsinn, das Heimstättenrecht sei ein minderes Recht! So wurde die Allgemeinheit betrogen. Selbst ein Vertreter der deutschen Großindustrie, wie Stinnes, hat erklärt: „Das deutsche Volk muß siedeln, oder untergehen!"

„Einen Weg aus der Finanznot" zeigt die neueste, bei der Ortsgruppe zu habende Broschüre Dr. Damaschkes, die in Ausführung des Art. 155 R.-V. u. a. einen Gesetzentwurf über Grundwertsteuer (nach dem reinen Bodenwert) und über Zuwachssteuer enthält.

Hierauf wies Kreisbaumeister Wolf auf Sidney in Australien und seine Neuordnungen hin, und wie vorteilhaft für die Gemeinde sich dort die bodenreformischen Grundsätze bewährt haben. Unsere Gemeindeverwaltung in Merseburg ist jetzt auf dem besten Wege, sich bodenreformisch zu betätigen. Es gibt Städte, welche die Betriebsüberschüsse aus Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerks- usw. Betrieben zu einem Grundstückserwerbsfonds aufsammeln, aus dem Grund und Boden für Siedlungszwecke erworben werden soll.

Nach reger Aussprache und Mitteilungen geschäftlicher Art wurde die äußerst lehrreiche Versammlung um 10 Uhr abends geschlossen. Zu den nächsten Versammlungen sollen Vertreter der Kommunal- und Provinzialbehörden eingeladen werden. Bö.

Blinder Haß.

Roman von Alfred Sassen.

6. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie entgegnete: „In der Tat bindet mich Heimatsgefühl an diesen Teil des Saaltals. Geboren aber bin ich in einer großen Stadt. Ein tieftrauriges Ereignis, der plötzliche Tod meines Vaters, hat mich jedoch als Kind schon aus Magdeburg hierher in das Saaltal, in das Städtchen Lobeda geführt. Und obwohl ist dort auch noch die Mutter verlieren mußte, hab ich es doch — ebenso wie seine nähere und weitere Umgebung — herzlich lieb gewonnen."

Hermann Hüttich hatte seltsam bewegt zugehört. Bei den einfachen Worten des jungen Mädchens waren ihm unwillkürlich die Mitteilungen des Lehrers Reinsdorf über die blinde Frau Magdalene und ihre Familie eingefallen. Er glaubte zu erraten, wer die schöne Waise sei.

Jedenfalls wollte er Gewißheit haben. „Sie leben in Lobeda natürlich im Schutz lieber Verwandten?" fragte er, unter dem Ton der Teilnahme seine Spannung verbergend.

„Nur eine Tante besitze ich dort. Es ist freilich eine außerordentliche Frau. Mein Bruder und ich verdanken ihrer liebevollen Fürsorge viel — alles, müßte ich sagen. Denn sie ist vor vielen Jahren schon erblindet, nachdem sie das Bitterste, was einer Frau beschieden sein kann, erleiden mußte."

Im Innersten fühlte sich Hermann Hüttich ergriffen. Es war so, wie er geahnt. Ein wundersamer Zufall hatte ihn mit der Nichte der beklagenswerten Blinden zusammengeführt!

Rena blickte den jungen Mann, der auch nicht eine einzige Silbe auf ihre Worte erwiderte, ein wenig befremdet an. Und plötzlich fühlte sie sich von seinem Schweigen, das sie natürlich falsch deutete, beschämt.

Sie begriff jetzt selbst nicht, wie sie dazu gekommen war, einem Fremden diese ernsten und traurigen Einzelheiten aus ihrem Leben zu erzählen. Aber es war eben ein Gefühl in ihr gewesen, als sei das gar kein Fremder, der da durch den lachenden Sonntagmorgen an ihrer Seite dahinfahre.

Nun runzelte sie aber die Brauen, und ihre Lippen legten sich fest aufeinander. Sie machte sich ernsthaft Vorwürfe über ihren Mangel an Zurückhaltung. In ihrer fast ärgerlichen Stimmung wollte sie ein rascheres Fahrtempo anschlagen.

Allein, da streckte ihr Hermann Hüttich, sie aufhaltend, die Hand hin und sagte in schlicht herzlichem Ton: „Ich danke Ihnen, mein Fräulein." Nichts sonst.

Und etwas in ihr, das ihre Verstimmung ebenso rasch, als sie gekommen war, wieder zerflattern ließ, zwang sie, in die dargebotene Hand ehrlich einzuschlagen. Ihre Stirn hellte sich auf, und auch nach innen wirkte die Helligkeit.

Am Eingang des Städtchens Kahla wartete Max Bodenbach mit seinem lachenden Gesicht auf die beiden.

An der alten Brücke, die über die Saale führte, stellten sie in einem Gasthof ihre Räder ein und nahmen einen kleinen Imbiß und einen Schluck des berühmten heimatlichen Weißbiers aus blitzblank gescheuerter Kanne, die kräftig nach Pech duftete.

Dann gings die schöne, in ihrem ersten Teil von prächtigen Nußbäumen eingefaßte Straße empor zur Leuchtenburg.

In dem malerischen Burghof waren die Rosen eben am Erblühen, und ihre junge, noch schüchtern aus der grünen Hülle spähende Pracht stand in gar wundersamem Gegensatz zu den fast tausendjährigen Mauern, die darauf niederschatteten.

Nachdem das Mittagessen, das ein kleines Festmahl werden sollte, besprochen und bestellt war, bestieg man den Turm mit seinem ewigkeitstarken Steinmantel, um den Blick auf die gesegneten, heiter lachenden Fluren und Berge vorweg zu nehmen, ehe der große Strom der Schaulustigen, die Essen und Trinken an den ersten Platz setzten, die Stufen hinanschwoll.

Nur der Schüler sprach da oben von den Dreien. Rena und Hermann Hüttich blieben still in feierlichem Schauen. Alles golden offen in der Nähe, golden verschleiert in der Ferne — das ganze Bild breit ausgegossen, funkelnd in junger Sommerherrlichkeit.

Sonnentrunken, purpurschwere Finsternis vor den Augen, machten sie den Abstieg. Der junge Deutschamerikaner ging voran. Dicht hinter ihm erklang die Musik leichter Mädchentritte, weiches Kleiderrauschen mischte sich darein — da plötzlich ein halbunterdrückter Aufschrei — Hermann wandte sich — und hielt im nächsten Augenblick den schlanken Mädchenkörper in den Armen — so, wie er es eben geträumt.

Rena hatte einen Fehltritt getan, sich den Fuß verstaucht und den Halt verloren.

Sofort entwand sie sich den stützenden Armen wieder, konnte aber augenscheinlich nicht weiter gehen, sondern mußte sich an die Wand lehnen — ein Erblassen des Schmerzes ging über ihr Gesicht.

„Eine ernstliche Verletzung?" fragte der junge Mann besorgt.

„Ich denke nicht, daß es ernstlich ist", antwortete Rena mit dem Versuch eines Lächelns, „nur ein bißchen weh tut's."

Da erwachte in Hermann Hüttich der kaltblütige Amerikaner. „Sie gestatten", sagte er ganz einfach, beugte sich nieder und hob kraftvoll die schlanke Gestalt auf seine Arme — abermals ruhte sie an seiner Brust.

„Es wird nicht gehen —" wollte sie einwenden, aber da fühlte sie schon, daß es prächtig ging. Fest und sicher trug er sie die dreißig bis vierzig Stufen, die noch zurückzulegen waren, hinunter.

Als er sie unten auf eine Bank niedergesetzt hatte, tauchten aus dem erglühten Gesicht seine Augen tief in die ihren. Als ob sie jäh erschreckte, sah sie fort und sagte leise und mühsam: „Ich danke."

Bei dem Mittagsmahl, das auf Anordnung des jungen Mannes nicht in der großen Restaurationshalle, sondern in einem der leeren Fremdenzimmer des gegenüberliegenden Logierhauses aufgetragen wurde, herrschte eine gedrückte Stimmung, trotzdem sich Wein und Essen als vortrefflich erwiesen und Rena behauptete, so gut wie gar keine Schmerzen zu haben.

Das junge Mädchen fühlte, es lag an ihr, daß immer wieder der Gesprächsfaden riß und sich endlich ein drückendes Schweigen grau niedersenkte in die halbe Dämmerung, die ohnehin zwischen den dicken Mauern webte.

Dabei war es in ihr gar nicht still. Ein fast quälendes Auf und Nieder der Empfindungen durchwogte ihr Inneres.

Als der junge Mann sie auf die Bank niedergesetzt und mit den heißglänzenden Augen so beredt angesehen hatte, war ihr urplötzlich einer eingefallen, an den sie den ganzen frohbewegten, festlich schönen Morgen hindurch mit keinem Gedanken gedacht hatte.

Der Kranke im fernen Davos stand auf einmal mit vorwurfsvollem Blick vor ihrer erschauernden Seele! Ja — wie hatte es nur geschehen können, daß sie sich gleichsam über ihn fort gefreut hatte, als sei er garnicht da mit seinem Leiden — er, der doch ihr Wort hatte, daß sie einmal seine Frau werden wollte? So stark war die Empfindung eines traumvollen Erschreckens in ihr, daß sie, wenn sie nicht der verletzte Fuß festgehalten hätte, am liebsten weit fortgeflüchtet wäre, in die dunkle Waldeshut da unten, um nur allein zu sein und unbeachtet.

Neben dem bitteren Gefühl, den fernen Kranken um das liebevolle Gedenken betrogen zu haben, das er von ihr, der Verlobten, jede Stunde und jeden Augenblick verlangen durfte, stahl sich ihr noch eine unklare, zitternde Unruhe in die Adern. Es wollte sie überkommen, als werde sie in Zukunft nie, nie wieder eine reine und starke Freude haben können an dem Glanze eines schönen Tages — als werde sich ihr stets und überall ein Schleier darüber niedersenken, der alles farblos verhüllte!

Sie fror . . .

Dann setzte sie sich aber mit einem energischen Ruck zurecht. Sie schalt sich jetzt, daß sie sich so völlig hatte aus dem Gleichgewicht bringen lassen. Es war doch sonst nicht ihre Art, vor irgend einem Ansturm aus dem Gleis zu weichen. Vor allem hatte sie ihrem äußeren Menschen nie gestattet, der Umgebung Kunde zu geben von den Stimmungen, denen sie sich nicht zu entziehen vermochte.

So sollte es auch jetzt sein. Der Fremde hatte mit seiner Liebenswürdigkeit und echten Teilnahme an ihrem Unfall wahrhaftig nicht verdient, daß sie ihm so stumm abweisend gegenübersaß.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201027-18/fragment/page=0005

Handel – Verkehr – Industrie.

Für 100 Mark wurden im Ausland gezahlt

in	am 16. Okt. 1920	am 23. Okt. 1920	Ende Juni 1914	
Zürich	9,05	8,95	125,40	Franken
Amsterdam	4,62	4 62½	59,20	Gulden
Kopenhagen....	10,50	10,40	88,80	Kronen
Stockholm.....	7,50	7,30	88 80	Kronen
Wien	555,50	587,50	117,80	Kronen
Prag........	119,75	119,25	117,80	Kronen
London	8,25	8,23	97,80	Schilling
New York	1,45	1,46	23,80	Dollar
Paris	22,50	22,–	125,40	Franken

*

= **Ammendorfer Papierfabrik Akt.-Ges. in Ammendorf bei Halle.** In der Generalversammlung, die Dienstag mittag im Hotel „Stadt Hamburg" in Halle stattfand, waren 2118 Stimmen vertreten. Der Vorsitzende, Kommerzienrat Bergmann-Berlin, gab zunächst Erläuterungen zum Geschäftsbericht. Das Rechnungswerk wurde glatt erledigt und die Dividende auf 40 Prozent + 200 *M* Bonus festgesetzt. Sie ist zahlbar ab 27. Oktober. Das diesjährige Ergebnis hat, wie auch schon früher, einem Teil der Presse Veranlassung zu heftigen Angriffen gegen unser Unternehmen gegeben. Zunächst gilt es, klarzustellen, daß von einem übertriebenen Gewinn nicht die Rede sein kann. Wie der Jahresbericht ausweist, haben wir 10 Prozent unseres Umsatzes verdient. Dieser Umsatz ist infolge der Entwertung unseres Geldes natürlich ein wesentlich höherer; eine heute in der deutschen Industrie ganz allgemeine Erscheinung. Bei der Ammendorfer Papierfabrik liegen zudem noch die Verhältnisse insofern besonders, als während der ersten Jahre des Bestehens nur ganz mäßige Dividenden ausgeschüttet wurden, obwohl die in denkbar günstigster Lage, in sachverständigster Weise mit Kohlenanschlußgleis erbaute Fabrik schon damals große Verdienste brachte. Mit diesen Mitteln zuzüglich geringer Kapitalerhöhungen wurde die Leistungsfähigkeit der Fabrik um das Dreifache erhöht. Unter solchen Umständen kann es nicht wundernehmen, wenn bei dem kleinen Aktienkapital die Rente über das Durchschnittsmaß hinausgeht. Die Ammendorfer Papierfabrik fertigt in zwei vollständig getrennten Anlagen auf zwei Papiermaschinen Druckpapier und auf zwei Papiermaschinen Tapeten-, Streich- und Kartonpapiere und stellt sich den dazu nötigen Holzstoff selbst her. Mit der Druckpapiererzeugung ist die Gesellschaft dem Verband Deutscher Druckpapierfabriken G. m. b. H., Berlin, angeschlossen. Diese Erzeugung wird behördlich bewirtschaftet, und die Preisbestimmung liegt nicht bei der Fabrik. Aber wir sind immer dafür eingetreten, daß die Preise nicht ins Ungemessene stiegen. Auf schwächere Fabriken mußte natürlich Rücksicht genommen werden, wofür bei den Behörden zwecks Erhaltung unserer deutschen Papierindustrie volles Verständnis vorhanden.

= **Cröllwitzer Aktienpapierfabrik in Halle.** In der gestrigen Generalversammlung im Hotel „Stadt Hamburg" in Halle vertraten sieben Aktionäre ein Aktienkapital von 994 200 *M*. Geheimer Kommerzienrat Dr. Lehmann leitete die Verhandlungen, denen er einige Erläuterungen zum Geschäftsbericht voranschickte. Die Dividende, die sofort zahlbar ist, setzte man auf 15 Prozent fest. Sonstige Mitteilungen wurden nicht gegeben.

Vermischte Nachrichten.

x **Amerikanische Banditen?** In Bonn drangen drei Männer, die amerikanische Uniform trugen, in ein Wechselgeschäft ein, hielten dem Geschäftsinhaber Revolver auf die Brust und raubten 172 000 *M*. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

* **Eine Falschmünzerei in Barmen ausgehoben.** Die Kriminalpolizei in Barmen nahm in einem Hause der Allee eine Falschmünzerei aus und verhaftete sechs Falschmünzer. Es wurden für 105 000 Mark falsche Fünfzigpfennigstücke beschlagnahmt. Zahlreiche Falschstücke sind bereits ausgegeben, vor allem in Nord- und Westdeutschland, aber auch in Leipzig und Mitteldeutschland.

* **Das Diebeslager im Walde.** Der Berliner Kriminalpolizei gelang es, ein Diebeslager in einem Walde zwischen Tegel und Hermsdorf auszuheben und zwei der Diebe zu verhaften. Die Beamten hatten das Lager, das aus gestohlenen Stoffen im Werte von fast 100 000 Mark besteht, schon vor mehreren Tagen entdeckt und legten sich auf die Lauer. Gestern erschienen der Tischler Emil Frank und der Stellmacher Hermann Pahl aus Lichtenberg, um dem Lager einen Teil der Stoffe zu entnehmen. Beide wurden verhaftet und das Lager beschlagnahmt.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 83 — Merseburg, 27. Oktober — 1920

560] **Einlösung der Zinsscheine der preußischen Staatsschuld und der Reichsschuld sowie Erneuerung der Zinsscheine.**

Die Zinsscheine der preußischen Staatsschuld und der Reichsschuld werden bereits vom 21. des dem Fälligkeitstermin vorangehenden Monats ab bei den Zinsscheineinlösungsstellen eingelöst und bei allen hauptamtlich verwalteten staatlichen Kassen, mit Ausnahme der Kassen der Staatseisenbahnverwaltung, sowie bei Entrichtung der durch die Gemeinde zur Hebung gelangenden direkten Staatssteuern in Zahlung genommen.

Ermächtigt, aber nicht verpflichtet zur Annahme der Zinsscheine an Zahlungsstatt sind die Reichspostanstalten.

Durch Vermittelung der Zinsscheineinlösungsstellen können auch neue Zinsscheinbogen kostenlos bezogen werden.

Merseburg, den 18. Oktober 1920.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

561] **Bekanntmachung.**

Für den Standesamtsbezirk Meuschau ist an Stelle des Dampfziegelei- und Gutsbesitzers Richard Schmidt der Landwirt und Brauereibesitzer Alfred Marx zum Stellvertreter des Standesbeamten bestellt worden.

Merseburg, den 9. Oktober 1920. I. f. 7563.

Der Regierungspräsident.
J. A.: Schwanert.

562] **Textilnotstandswaren.**

Das Reichskleiderlager in Halle hat dem Kommunalverband 1067 Meter waschbaren Kleiderstoff zum Preise von 12,60 *M* pro Meter zur Verteilung an die bedürftige Bevölkerung überlassen. Diejenigen, welche von dieser Ware zugeteilt haben wollen, haben bei ihren Ortsbehörden, wie in allen früheren Fällen, einen Antrag auf Bezug der Notstandsware zu stellen. Die Ortsbehörden haben mit diesen Anträgen wie bisher zu verfahren.

Merseburg, den 25. Oktober 1920.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

563] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Gehöfte

1. des Landwirts Franz Gröbel in Oberclobicau,
2. des Albert Schleicher, Otto Burckhardt und des Privatmannes Karl Lingslebe in Göhlitzsch,
3. des Landwirts Dittrich in Merseburg, Breite Str. 22,
4. des Landwirts Otto Müller in Creypau,
5. der Witwe Engelmann in Zöschen,
6. des Becker in Daspig Nr. 5,
7. des Gutsbes. Albert Zeising und Arbeiters Otto Kanitz in Papitz,
8. des Schmiedemeisters Eduard Koch in Benndorf,
9. der Witwe Bertha Hufziger und des Landwirts Gustav Wahlmann in Reipisch,
10. des Landwirts Alwin Müller und Steinsetzers Hermann Zieter in Lützen, Moltkestr. 13 bezw. Viktoriastr. 5,
11. des Landwirts Gustav Ritter in Göhlitzsch,
12. des Landwirts Reinhold Hanck in Fährendorf

bilden je einen Sperrbezirk.

§ 2.

Es treten die in der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Regierungspräsidenten vom 13. Juli 1920 (Amtl. Anzeiger Stck. 61 Nr. 416) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 22. Oktober 1920.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

564] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen in den Gehöften von Carl Gärtner, Gustav Brauer und Paul Köder in Meuschau; Ohme und Schubert in Schkeuditz; Marx in Burgliebenau; Ermisch-Mühle in Oberthau; Fiedler, Horn, Weicker, Beil, Goldacker und Dornbusch in Ennewitz; Buschendorf, Vetterke, Liborius und Gödicke in Cröllwitz; Alwin Keck in Corbetha; Träuhardt sen. in Dörstewitz; Kersten in Dürrenberg; Steger, Spanier, Glienicke in Schkeuditz; Rudloff in Atzendorf; Fr. Rast in Merseburg; Wendenburg in Weßmar; Baggwitz in Ennewitz; Reinhardt in Beuditz; Rittergut und Förster in Creypau; Domäne in Schladebach; Kantinenverwaltung in Leuna-Werke; Hempel in Groß-Gräfendorf.

Die Sperrmaßregeln werden aufgehoben.

Merseburg, den 26. Oktober 1920.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Ausgabe der Milchkarten
für den Monat November 1920
im alten Rathause in der Burgstraße 1.

Die Ausgabe erfolgt gegen Abgabe der Stammkarten für den Monat Oktober am

Donnerstag, den 28. Oktbr. 1920: vorm. 8–1½ Uhr, nachmittags von 3–7 Uhr
für die Kunden der Verkaufsstellen Schwalbe, Burgstraße 14, Müller, Annenstraße 33, Heinicke, Clobikauer Straße 5, Münzer, Entenplan 3.

Freitag, den 29. Oktbr. 1920: vorm. 8–1½ Uhr, nachmittags 3–7 Uhr
für die Kunden der Verkaufsstellen Prall, Neumarkt, Seeburg, Unter-Altenburg 53, Meißner, Vorwerk, Kunze, Obere Breite Straße.

Für Aushändigung der nicht rechtzeitig abgeholten Milchkarten wird eine Gebühr von 50 Pf. je Haushalt und je Fall erhoben, um die durch diese Sonderleistungen entstehenden Mehrkosten zu decken.

Merseburg, den 26. Oktober 1920.

L A II 2340 20 — Das städtische Lebensmittelamt.

In das Handelsregister Abt. B Nr. 14, betr. die Preußische Elster-Saale-Kanal-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Merseburg ist heute folgendes eingetragen: An Stelle des ausgeschiedenen Geschäftsführers Kaufmann Kurt Weise ist Rechtsanwalt Dr. Ludolf Penkert in Merseburg bestellt.

Merseburg, den 22. Oktober 1920.

Amtsgerichts, Abt. 4.

Meine
Oelmühle
ist in Betrieb.
Oelsaaten aller Art werden sachgemäß im Lohn geschlagen. Ich kaufe alle Oelsaaten und gebe Oel und Oelkuchen im Umtausch und gegen Zahlung ab.
Felt, Meuschauer Mühle

Wir kaufen noch jeden Posten
= Quitten =
(Aepfel und Birnen).
Marckscheffel & Co.

Ein größerer Posten
prima heller Trockenschnitzel
ist wieder eingetroffen.
Verkauf findet auch zentnerweise statt.
Mücheln. Gebr. v. Rauchhaupt. Mücheln.

Zu verkaufen:
Ein Frackanzug, ein braunseidenes Kleid mit Tüllüberkleid (beides f. kleine Figur), 1 schw. Filzhut, 1 Zylinder (Weite 38).
Marienstraße 1, 1 Tr.

Frauen
nehmen bei Störungen unser Mittel „Extrastark" mit Garantieschein Mk. 10.–, f. besonders hartnäckige Fälle Mk. 15.–.
Sanitas-Depot, Halle a S. 305.

Merseburger Korrespondent

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders.
Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 243 — Mittwoch den 27. Oktober 1920 — 47. Jahrg.

Politische Führer.

Bei der feierlichen Eröffnung der Deutschen Hochschule für Politik hat der Minister des Äußern, Dr. Simons, ein eRede gehalten, die sehr viel feine Einzelheiten enthielt und auch als Ganzes klug durchdacht und von einem vorurteilsfreien und klaren Geiste durchdrungen war. Herr Dr. Simons sagte mit Recht, daß dem deutschen Volkscharakter neben seinen Vorzügen, seiner Kraft, seiner Beharrlichkeit und seinem Erkenntnisdurst, ein Mangel an Formgefühl und Feingefühl, eine Rechthaberei und eine Pedanterie anhaften, die, zusammen mit manchem anderen, hinderlich im Verkehr mit dem Auslande sind. Er erinnerte daran, daß Unfähigkeit zur politischen Einschätzung Deutschland oft aufs schwerste geschädigt habe, und äußerte die Ansicht, daß durch die Zweifel, ob wir politisch richtig geführt würden — „und durch mancherlei berechtigte Gründe für diese Zweifel" — der Umsturz der alten Ordnung erst möglich geworden sei. Das sind Bemerkungen, denen man nur zustimmen kann. In der Tat, der als berechtigte „völkische Eigenart" sich geberdende Mangel an Formgefühl und Feingefühl, oder wie man auch wohl sagen könnte, an politischem Takt, hat sehr dazu beigetragen, die deutsche Politik in falsche Bahnen zu drängen, und die Unfähigkeit zu politischer Einschätzung hat sich in den großen tragischen Augenblicken, in den Tagen vor Ausbruch des Krieges und bei Entfesselung des U-Boot-Krieges, gezeigt. Die politische Führung ließ sich dann jedesmal verführen, und nicht die richtige Erkenntnis, sondern eben jene Urteilslosigkeit setzte sich durch. Daraus ergibt sich, daß zur politischen Leitung neben den anderen nötigen Eigenschaften auch eine widerstandsfähige Festigkeit des Charakters gehört. Den Zöglingen der Hochschule für Politik sollte man vor allem beibringen, daß ein wirklicher Staatsmann nur derjenige ist, den der Lärm der Hoch- und Nieder-Schreier nicht bekümmert und der die Unpopularität nicht scheut. Wir haben den Eindruck, daß gerade Dr. Simons zu dieser inneren Selbständigkeit und Standhaftigkeit hinstrebt, und daß er schon deshalb die Unterstützung der ernsthaften Menschen in Deutschland verdient. Durch seine letzte Rede wird dieser günstige Eindruck noch verstärkt. Muß man ihm nicht auch beipflichten, wenn er bedauernd konstatiert, daß die deutschen Universitäten von der hohen politischen Betätigung, die sie in den Tagen der Paulskirche ausübten, „stark heruntergeglitten" sind? Man weiß ja, was im Reiche der Roethe und ähnlicher Professoren heute als „hohe politische Betätigung" gilt. Auf dem Parteitag der Deutschnationalen hat soeben ein Redner anklagend behauptet, die Regierung beabsichtigte, nun auch die Universitäten „abzubauen". Das ist natürlich Unsinn, aber ein Umbau ist allerdings notwendig, wenn ein politisch reifes, verständnisvolles Geschlecht erzogen werden soll. Dr. Simons hat ferner sehr richtig bemerkt, daß in den letzten Jahrzehnten die wirtschaftlichen und technischen Ideen die staatliche Idee überwuchert haben, und daß jetzt „eine Scheidung der Materie gefordert wird". Zu diesem Thema ließe sich sehr viel sagen, und wir gehören zu denjenigen, denen gerade in der Auslandspolitik die Überwucherung des Diplomatisch-Politischen durch das Wirtschaftliche als ein Fehler erscheint. In dieser Beziehung wird unseres Erachtens beispielsweise bei der Personalauswahl im auswärtigen Dienste von derselben reformatorischen Stelle, die in der letzten Zeit mit großer Tatkraft unleugbar Ausgezeichnetes geschaffen hat, nicht immer die richtige Linie gewahrt. Das Politische wird dort manchmal, durch eine Vorliebe für die Angehörigen der Konsulatskarriere, zugunsten des Wirtschaftlichen zurückgedrängt. Das Vorbild der Deutschen Hochschule für Politik erstand nach dem Kriege von 1870 in Paris. Die Franzosen haben in ihrer Schule seit 1870 sehr viel gelernt. Wir wollen hoffen, daß die deutsche Hochschule gleichfalls politische Führer, oder doch wenigstens Politiker, heranbilden wird. Aber der politische Instinkt kann nur entwickelt, nur durch Wissen gefördert, nicht gelehrt werden, und in den Hörsälen wird nur der etwas lernen, der draußen den Schritt der Zeiten und die Sprache der Völker hört.

Die Lage im Reiche.

Neue Gefahren für Ostpreußen?

Aus Anlaß des polnischen Überfalls auf Wilna sind in Ostpreußen verschiedener Übertritte bewaffneter Deutscher auf litauisches Gebiet erfolgt. Von seiten des Reichswehrministeriums wird erklärt, daß Angehörige der Reichswehr nicht beteiligt seien und daß eine scharfe Kontrolle angeordnet wurde. Es soll in Ostpreußen außerdem an der Grenze stark geschmuggelt werden, besonders in Gewehren und Munition. Es ist klar, daß die Verhältnisse in der abgeschnürten Provinz außerordentlich schwierig liegen. Gegenüber der ausgedehnten Grenze sind die Aufsichtsorgane viel zu gering. Dennoch ist in Ostpreußen bisher alles gut gegangen. Man erinnere sich nur an die ungeheuren Schwierigkeiten bei den Übertritten der russischen Rotgardisten. Damals ist es dem außerordentlich organisatorischen Geschick und politischen Takt des demokratischen Oberpräsidenten Dr. Siehr gelungen, binnen weniger Wochen alle Gefahren zu beseitigen. Gerade die Amtsführung von Siehr gibt auch jetzt die Gewähr, daß von der leitenden Stelle der Provinz aus alles geschieht, um unzulässige Handlungen zu verhüten. Wenn die Entente allerdings eine ausreichende Bewachungstruppe für Ostpreußen verhindert, so lassen sich bei der ausgedehnten Grenze vereinzelte Übertritte nicht immer vermeiden. Unmögliches vermag eben auch ein noch so tüchtiger Oberpräsident nicht. In diesem Zusammenhange muß aber auch ein Wort ernster Warnung an alle jene Militärkreise gerichtet werden, die meist nicht mehr aktiv sind und nun mit dem Gedanken an Beschäftigung oder Revanche in Nachbarländern Kriegsdienste nehmen. Ein solches Beginnen ist in jedem Falle schädlich. Das Schicksal solcher Männer ist meistens tragisch. Vor allem aber bedenken sie nicht, daß sie ihrem Vaterlande schwere politische Unzuträglichkeiten bereiten können. Ostpreußens Grenzen können durch solche Unüberlegtheiten leicht in Gefahr gebracht werden, und das Vaterland hat den Schaden zu tragen, den Neutralitätswidrigkeiten anrichten.

Die Kanzlerrede über Oberschlesien.

Berlin, 27. Okt. Im Reichstag beginnt heute um 1 Uhr die Beratung des Etats. Für die politische Debatte, mit der die Etatsberatung eingeleitet werden soll, sind vorläufig drei Tage in Aussicht genommen. Der erste Tag, der heutige Mittwoch, wird voraussichtlich den Regierungserklärungen vorbehalten sein. Reichskanzler Fehrenbach wird über die innenpolitischen Fragen sprechen. Einen breiten Raum in seiner Rede wird Oberschlesien einnehmen, für das die bundesstaatliche Autonomie für den Fall gesetzlich festgelegt werden soll, wenn nach einer für Deutschland günstig ausgefallenen Abstimmung Oberschlesien sie verlangen sollte. Der Passus in der Rede des Reichskanzlers, der sich mit Oberschlesien beschäftigt, ist in einer gemeinsamen Besprechung mit der preußischen Regierung im Wortlaut festgelegt worden. Von den anderen im Vordergrund stehenden innenpolitischen Fragen ist es besonders die der Sozialisierung, über die der Reichskanzler sprechen dürfte. An die Rede des Reichskanzlers soll sich nach den bisherigen Dispositionen unmittelbar die des Reichsministers des Äußeren Dr. Simons anschließen, der dem Reichstage ein Exposé über die außenpolitische Lage halten wird. Die Aussprache über die Regierungserklärung soll am Donnerstag beginnen und nach den bisherigen Dispositionen etwa zwei Tage dauern. Vermutlich wird nicht nur die erste Rednergarnitur der Parteien, sondern auch die zweite zum Worte kommen.

Waffenfunde in Schoppenitz.

Kattowitz, 27. Okt. Eine plötzliche Revision im Schlafhaus in Schoppenitz förderte Waffen mit reichlicher Munition zutage. Fünf Insassen wurden verhaftet und zwei von ihnen als berüchtigte Banditen aus dem Kreise Ples festgestellt.

Streik in Bismarckhütte.

Bismarckhütte, 27. Okt. Montag abend sind die Arbeiter der elektrischen und Maschinenbetriebe, ungefähr 2500 Mann, auf der Bismarckhütte in den Streik getreten. Die Streikenden forderten Erhöhung des Tonnagegeldes und allgemeine Lohnerhöhung. Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Martinsstahl- und Elektroöfen sind gelöscht. Es wird geraume Zeit dauern, sie wieder in Betrieb zu setzen.

Drohender Streik in der rheinisch-westfälischen Holzindustrie.

Bochum, 27. Okt. (Eig. Meldg.) In der rheinisch-westfälischen Holzindustrie droht ein Ausstand der Schreiner. Die Arbeitgeber haben es abgelehnt, die Forderungen der Gehilfen zu erfüllen. Seit Mai d. J. waren die Löhne nicht mehr aufgebessert worden. Die Tarifverhandlungen sind abgebrochen.

Eine Verordnung über Betriebsstillegungen.

Der wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates verhandelten in gemeinsamer Sitzung über die Verordnung über Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Betriebsstillegungen. Die Verordnung bestimmt für gewerbliche und Verkehrsbetriebe mit mindestens 20 Arbeitern die Anzeigepflicht der beabsichtigten Betriebsstillegungen oder den Abbruch von Betrieben, wenn dadurch die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens verringert wird oder Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzt werden sollen und dadurch bei weniger als 200 Arbeitern 10 Arbeiter, bei mindestens 200 Arbeitern 5 Prozent, jedenfalls aber mehr als 50 Arbeiter zur Entlassung kommen. Eine Betriebsänderung darf ohne Gen[illegible]behörde, die gegebenenfa[illegible] Entschädigung befugt ist[illegible]g bedroht Zuwiderhand[illegible]und Gefängnis bis zu ei[illegible]e die Annahme der Vero[illegible] einer Gesamtabstimmu[illegible]

Be[illegible]ßischen Landesversamml[illegible]iums. Es entspannen [illegible]rsamkeit in der Ver[illegible]ommen, der die Regierun[illegible] angesichts der gegenwä[illegible]g zu geben, wie das Rei[illegible]äumt hat.

[illegible]nde.

Be[illegible]diger Stelle verlautet, i[illegible]reten der neuen Polizeis[illegible]d zunächst noch geprüft [illegible]nen Bezirken je nach de[illegible] bisherige Polizeistund[illegible]

Be[illegible]nden Beratungen des Pr[illegible]bürgerrats statt, in dene[illegible]ozialisierung des Kohlen[illegible] das Verhältnis zu den [illegible]einstimmig wurde zum A[illegible]age der radikalen Soziali[illegible]r wesentlich verstärkt [illegible]um Ausdruck gebracht, [illegible] die Organisation Escheri[illegible] ein Zusammenarbeiten [illegible] bei gemeinsamen Programmpunkten notwendig sei.

Kommunisten aller Schattierungen vereinigt Euch!

Das ist der Sinn eines Aufrufes, der die ganze erste Seite der „Roten Fahne", des Organs der Kommunistischen Partei Deutschlands, anfüllt und der neben den Unterschriften der Linksunabhängigen und Kommunisten auch die des großen Abgesandten aus Moskau trägt. Nachdem die Rechtsunabhängigen, die zwar die Gewalt, aber nicht den Terror wollen, zu der bekannten „einen reaktionären Masse" geworden sind, kann nicht daran gezweifelt werden, daß die Unabhängigen um Däumig und der alte Spartakusbund sich zu einer Partei zusammenschließen werden, „um der Bourgeosie" die Eisenfaust des Proletariats „frei nach Wilhelm II. gepanzerter Faust" zu zeigen. Ablehnend verhält sich bisher die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, die zwar auch bereit ist „die Revolution weiter fortzuführen", die es aber ablehnt, den Befehlen Moskaus zu folgen. Im übrigen hat Herr Rühle ja auch kürzlich alle diese radikalen Parteien als antirevolutionär bezeichnet, so daß keine vor der anderen etwas voraus hat.

Rücktritt des österreichischen Gesandten in Berlin.

Berlin, 27. Okt. (T.-U.) Professor Dr. Hartmann, der österreichische Gesandte in Berlin, hat im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Dr. Renner als Staatssekretär des Äußern sein am 1. August bereits eingereichtes Rücktrittsgesuch erneuert und den Staatssekretär Dr. Mayer, der provisorisch das Staatsamt des Äußern in Wien führt, um möglichst schnelle Ernennung eines Nachfolgers gebeten.

Neue Gewalttaten der Polen.

Danzig, 27. Okt. (T.-U.) Wegen angeblicher antipolnischer Propaganda wurde in Bromberg der Vorsitzende des Vereins für Fürsorge der in Polen lebenden Deutschen, Major v. Mecke, verhaftet und das Büro geschlossen. In Neustadt (Pomerellen) verhafteten die Polen den Buchdruckereibesitzer und Stadtrat Brandenburg, Herausgeber der Zeitung „Bote für Pomerellen".

Ein schweizerisches Konsulat in Dresden.

Dresden, 27. Okt. (T.-U.) Wie wir erfahren, hat die Schweizer Regierung beschlossen, in Dresden ein eigenes Konsulat zu errichten, das schon in der nächsten Woche seine Arbeiten aufnehmen wird.

10 Waggon Kartoffeln spurlos verschwunden.

München, 27. Okt. (T.-U.) Im Bezirk Uffenheim sind 10 Waggonladungen Kartoffeln, die zu verbilligten Preisen für die minderbemittelte Bevölkerung aufgebracht worden waren, auf dem Transport spurlos verschwunden und vermutlich über die bayerische Grenze verschoben worden.

Kein Bauverbot für Dieselmotoren.

München, 27. Okt. (T.-U.) Auf eine Anfrage zu dem Stande der Dieselmotoren-Angelegenheit erklärte der bayerische Handelsminister, daß die Gefahr eines Bauverbotes für die Dieselmotoren als abgewendet bezeichnet werden könne. Die Reichsregierung wird aber weiterhin nichts unterlassen, um auch die Gefahr einer Zerstörung der ursprünglich für Unterseeboote bestimmten, aber nach dem Friedensschluß zur Verwendung für Industriezwecke freigegebenen Motoren abzuwehren.

Chemisch-technische Messe in Berlin.

Berlin, 27. Okt. Eine chemisch-technische Messe, veranstaltet vom Wirtschaftsverband Groß-Berlin, unter Mitwirkung namhafter Fachorganisationen, wurde gestern vormittag in den Kammersälen eröffnet. Sie ist sehr reichhaltig und enthält neben Drogen, Chemikalien, Nähr- und Heilmitteln, Parfümerien, Seifen, Ölen, Wäsche- und Putzmitteln, auch Photobedarf, Feuerwerkskörper, Zündwaren, Schaufensterutensilien. Die Messe bleibt bis zum 29. Oktober geöffnet.

Die Entwaffnung der besetzten Pfalz.

München, 27. Okt. (Eig. Meld.) Nach einem Telegramm des Reichskommissars für die Entwaffnung an das bayerische Landeskommissariat für die Entwaffnung hat die Rheinlandkommission zugelassen, daß im besetzten Gebiet von Bayern die Waffenablieferung auf Grund des Entwaffnungsgesetzes mit Prämienzahlung vom 25. Oktober bis 1. November durchgeführt werden kann. Zum Landesentwaffnungskommissar der Pfalz ist der bayerische Kommissar Ministerialrat Nortz von der Reichsregierung bestätigt worden.

Vorwürfe gegen Betriebsräte.

Bochum, 27. Okt. (Eig. Meld.) In der Revierkonferenz wurde es gerügt, daß die Zechenbetriebsräte sich zu Handelsräten auswüchsen. Sie kauften Schnaps, Textil- und Fettwaren ein und brächten es bis zu Handelsverdiensten von 10 000 ℳ im Monat. Die Belieferung der Belegschaften mit Waren soll künftig durch die Genossenschaft erfolgen.

Die Eingliederung des neuen Gebietes in Italien.

Köln, 27. Okt. (Eig. Meld.) Der Kölnischen Zeitung wird aus Rom gemeldet: Der Ministerrat beschloß die Veröffentlichung eines einheitlichen Statuts für die neuen Provinzen. Für Südtirol soll eine Erklärung beigefügt werden, welche die dort bestehenden Gesetze mit dem italienischen Grundgesetz ausgleichen sollen.

Keine Beschlagnahme deutscher Guthaben in England.

Paris, 27. Okt. (Eig. Meld.) Die „Times" weist heute auf die wichtigste amtliche Bekanntmachung hin, wonach die englische Regierung der deutschen Regierung mitgeteilt habe, sie habe nicht die Absicht, ihre Rechte aus dem Artikel 18 des Versailler Vertrages, der sich auf die Beschlagnahme deutscher Guthaben in England im Falle einer vorsätzlichen Nichterfüllung des Versailler Friedensvertrages durch Deutschland bezieht, auszuüben. Die „Times" fügt hinzu, man könne aus dieser Bekanntmachung schließen, daß die Propaganda zu Gunsten der Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen von Versailles ihre Früchte zu tragen scheine.

Befürchtungen und Maßnahmen der Räteregierung.

Helsingfors, 27. Okt. (T.-U.) Aus Moskau sind hier Meldungen eingetroffen, daß in Kreisen der Sowjets große Beunruhigung herrscht, da man den Ausbruch einer Gegenrevolution befürchtet. Die Räteregierung hat sehr scharfe Sicherheitsmaßnahmen angeordnet.

Krassin Sowjetvertreter in Berlin.

London, 27. Okt. (T.-U.) „Manchester Guardian" vernimmt aus Riga, daß Krassin aus London abberufen wurde und zum Vertreter der Räteregierung in Berlin ernannt worden sei. Litwinow ist mit einer besonderen Mission nach Riga abgereist.

Vorteilhafte deutsch-tschechische Beziehungen.

Prag, 27. Okt. Der ehemalige tschecho-slowakische Gesandte in Berlin, Dr. Koerner, spricht sich in einem Interview über das Entgegenkommen aus, das er in Deutschland gefunden hat. Er sagt: „Die Beziehungen, die sich anfangs ziemlich kalt anließen, wurden bald glatt, vollkommen korrekt und für beide Staaten von großem Vorteil."

Die Legende von Irlands Deutschfreundlichkeit.

London, 27. Okt. (Eig. Meld.) In Beantwortung einer im Unterhause gestellten Anfrage behauptete der Ministerpräsident, er sei noch immer der Meinung, daß Irland im Jahre 1918 ein Komplott angezettelt hätte, um Deutschland zu Hilfe zu kommen. Die Regierung sei der Ansicht, daß es ratsam wäre, die Schriftstücke darüber zu veröffentlichen, wenn möglich, jedoch ohne Quellenangabe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201027-18/fragment/page=0007